

p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG
NR. 31/15. SEPTEMBER 23



**UNSER KLIMA
DEINE WAHL**

GRÜNE JETZT. MEHR DENN JE.
DANIEL LEUPI IN DEN STÄNDERAT

GRÜNE
LISTE 3

Mit Buchbeilage



ENERGIEPOLITIK

Der gerechte, rasche Weg zur Klimaneutralität

SEITEN 9, 12 – 13, 18

KATHOLISCHE KIRCHE
**1002 Missbrauchsfälle:
Die Spitze des Eisbergs**

S.16

SÄULIAMT
**Revitalisierung von Jonen
und Zwillikerweiher**

S.15

GRÜNDUNGSMYTHOS
**Bei Luke Gasser wird aus
Tell ein Terrorist**

S.23

Bild: Urs Keller / Ex-Press

Erinnern

Die meisten Nachfolgeregierungen von Militärdiktaturen hüten sich davor, die Gräueltaten der vorangegangenen Gewaltherrschaft mit Verfolgung, Tötung und Folter aufzuarbeiten. Der Fotograf José Girimbás Marambio hatte 1973 das Glück, mithilfe des «Komitees für den Frieden» nach Deutschland flüchten zu können, wo er politisches Asyl erhielt und noch heute lebt. Trotz mehrmaliger Reportage-reisen zurück war ihm das Ausmass der Gräueltaten der chilenischen Militärjunta (1973–1990) lange selbst nicht bewusst, was sich erst änderte, als er eher zufällig auf die Bücher der 2008 verstorbenen Aktivistin und Journalistin Patricia Verdugo aufmerksam wurde. Für sein neuestes Projekt lichtete er rund zwanzig ehemalige Foltergefangnisse, teils mitten in der Stadt ab und konnte knapp ein Dutzend Überlebende gewinnen, ihre Geschichte zu erzählen. *froh.*



José Domingo Cañas 1367 (Cuartel Ollagüe)
Santiago, Chile (Bild: José Girimbás Marambio)

José Girimbás Marambio: **«Über Folter spricht man nicht!»,** bis 22.10., Photobastei, Zürich.
Persönliche Führungen: Fr/Sa, 15./16.9., 18h, So, 17.9., 15h, ebenda.

Spektakel

Klingt jetzt erst mal speziell, lachhaft überzeichnet choreographierte Wrestlingshows mit (Punk-) Musik im linksalternativen Milieu von St. Pauli mit der Absicht zu inszenieren, den Erlös an Institutionen zu spenden, die sich um die Rechte von Geflüchteten einsetzen. Beim zweiten Blick indes fallen einem sehr wohl Assoziationen ein, die tendenziell sarkastisch konnotiert, eine Ver-



(Bild: Rock and Wrestling Hamburg)

bindung zwischen Bürokratie und Betroffenenalltag zulassen, worüber gut und gerne mal wieder für die Unterstützer:innen einer menschenwürdigen Behandlung mit Lärm, Show und Spektakel

aufmerksam gemacht werden darf. Die Zürcher Durchführung ist eine Kooperation mit der Roten Fabrik, die ja grad keine Aktionshalle zur Verfügung hat, weshalb sie im Dynamo-Saal stattfindet. Als Nutzniesser:innen des Ertrages auserkoren sind der gemeinnützige Verein Freiplatzaktion und das Netzwerk Captain Support, damit deren Kampf im Stillen weitergehen kann. *froh.*

«Rock & Wrestling», Sa, 15.9., ab 19.30, Dynamo, Zürich.

Afghanistan

Vier von ungefähr vierzig Intellektuellen, Kulturschaffenden, Menschenrechtsaktivist:innen und Wissenschaftler:innen, die mit Hilfe des Deutschschweizer PEN-Zentrums mit einem humanitären Visum aus Afghanistan in die Schweiz flüchten konnten, sprechen mit der dafür federführend verantwortlichen Autorin und Professorin Sabine Haupt über ihr Leben in Afghanistan und ihre Ankunft in der Schweiz (in Englisch). Sabina Aitabar ist Schriftstellerin und Soziologin, Shabnam Simia ist Juristin, Qudsia Shujazada ist Reporterin und



Afghanistan, tresorsdumonde.fr

Najibah Zartosht Dozentin für Wirtschaftswissenschaften. Anschliessend liest Christina Caprez aus dem neu auf Deutsch erscheinenden Buch der in den USA lebenden Universitätsprofessorin und Frauenrechtlerin Homeira Qaderi. *froh.*

«Fokus Afghanistan», Mi, 18.9., 19h, Podium
«Von Kabul auf den Glaubenberg», 20.15h,
Lesung aus Homeira Qaderis «Dich zu verlie-
ren oder mich. Geschichte einer afghanischen
Mutter» (Arche Verlag), Literaturhaus, Zürich.
Auch online.

Verwirrung

Die «Nachtkritik» nennt Lukas Linder «den Über-treibungsspezialisten», und im Interview mit «Watson» gibt er «Gier» als Motivation für sein Schreiben an. Die Inhaltsangabe für «Wir verstehen uns», das im Theater Stok seine Uraufführung erfährt, ist vergleichbar nebulös, wenn die Ankündigung mit den Worten endet: «Allein ein Miss-verständnis kann uns jetzt noch retten.» Die Thematik indes erscheint brandaktuell: Die Lehrerin, die dem Autor die Augen für die Kunst überhaupt

erst geöffnet hatte, steht fünfzehn Jahre später um Hilfe bittend vor der Tür. Sie ist der Schule verwiesen worden, was sofort die Debatte um die Freiheit des Ausdrucks in Erinnerung ruft, genauso-



(Bild: Raphael Hadad)

gut aber die Folge eines kolossalen Fehlers meinen könnte. Was genau wie vorgefallen ist respektive sein soll und wie ein sich dazu verhalten gefunden werden kann, bildet den Wesenskern dieses als Farce angekündigten Theaterstücks. *froh.*

«Wir verstehen uns», Do, 21.9. bis So, 1.10., 20h
(So, 18h), Theater Stok, Zürich.

Universen

Wenn die Hauptreisezeit schon wieder zurückliegt, der Appetit auf Eindrücke ausserhalb der persönlichen Fokussiertheit aber noch immer deutliche Anzeichen von Lebenshunger aussendet, muss wohl vor der eigenen Haustür Ausschau nach perspektivverändernden Anregungen gehalten werden. Ein Beispiel dafür wäre die Hora-Band, ein vom gleichnamigen Theater unabhängiges Paralleluniversum, das sich der Lebensfeier verschrieben hat. Laut Selbstdeklaration heisst: «Bei der Hora-Band wird das Leben nicht gespielt



Hora-Band, Kulturbrauerei Berlin

– es existiert tatsächlich!» So professionell verpeilt und ironisch tollpatschig ist neben den sechs Musiker:innen sonst nur Denise Wintsch während ihrer Raumpatrouillen, aber die hat ja mit dem im Frühling realisierten Buchprojekt bereits eine Art Finale hingelegt und pausiert jetzt inkognito. Für ein annähernd so aufregendes Liveerlebnis ohne Netz und doppelten Boden wird die Auswahl also immer enger. Here we go... *froh.*

Konzert der «Hora-Band», Fr, 22.9., 20h,
Kulturmarkt, Zürich.

«Ich lasse mich nicht behindern»

Nach einem schweren Unfall ist der Wädenswiler Stadtpräsident und Nationalrat Philipp Kutter (Die Mitte) auf den Rollstuhl angewiesen. Warum das für ihn kein Grund ist, auf seine bereits zuvor verkündete Ständeratskandidatur zu verzichten, erklärt er im Gespräch mit Nicole Soland.



Sie sind seit ihrem Skiunfall vor gut einem halben Jahr im Schweizerischen Paraplegikerzentrum in Nottwil in der Reha: Wie geht es Ihnen?

Philipp Kutter: Den Umständen entsprechend gut. Natürlich habe ich bisweilen schwierige Gedanken, weniger wegen mir selber als wegen meiner Kinder, denen ich gern noch vieles gezeigt hätte – wir sind früher oft gewandert, Ski gefahren, haben Velotouren unternommen. Doch ich habe auch grosses Glück, denn meine Familie unterstützt mich super. Kürzlich konnte ich sogar erstmals seit dem Unfall ein Wochenende zuhause verbringen: Meine Frau hatte schon vor Wochen die Idee, ein Wochenende zuhause um meinen Geburtstag, den 31. August herum, wäre ein schönes Ziel. Dass das geklappt hat, freut mich sehr. Einfach zu erreichen war es allerdings nicht.

Inwiefern?

Meine Reha in Nottwil dauert rund neun Monate und fordert mich jeden Tag von neuem. Zwar sieht der Reha-Plan vor, dass ich im letzten Drittel ab und zu nach Hause fahren kann. Doch zuhause muss die Spitex Zeit haben, und vor allem müssen die baulichen Voraussetzungen gegeben sein. Ich hänge an unserem Hausteil in Wädenswil, in dem wir bisher wohnten, doch er lässt sich leider nicht mit vernünftigem Aufwand umbauen. Zum Glück haben wir nun eine Wohnung in der Nähe gefunden, die sich dafür eignet und die wir mieten konnten.

Als Politiker waren Sie bisher schon stark ausgelastet: 50 Prozent Stadtpräsidium, gut 50 Prozent Nationalratsmandat, dazu gemäss Liste der Interessensbindungen fünf bezahlte und elf unbezahlte Mandate, und zusammen mit Ihrer Frau führen Sie auch noch ein Kommunikationsbüro. Als Ständerat hätten Sie ein noch grösseres Pensum zu bewältigen: Wie wollen Sie das schaffen?

Viel arbeiten, ohne Geld zu verdienen, das habe ich im Journalismus gelernt (lacht). Ernst-

haft: Ich werde auf gewisse Sachen verzichten oder sie delegieren müssen. Eventuell kann ich einige der Vertretungen in Kommissionen, die bisher mit dem Stadtpräsidium verknüpft waren, an meine Kolleg:innen im Stadtrat abgeben. Die vielen Einladungen, die ich als Stadtpräsident erhalte, sollten sich ebenfalls auf mehrere Schultern verteilen lassen. Auch als Nationalrat werde ich gewisse Pflichten abgeben müssen, sei es in der Fraktion oder in jenen Verbänden, in denen ich aufgrund meiner politischen Interessen im Vorstand bin. Ob dann alles funktioniert, wie ich es mir jetzt vorstelle, weiss ich noch nicht, aber ich will auf jeden Fall ausprobieren, was möglich ist: Ich lasse mich nicht behindern.

Politisch beschäftigten Sie sich bisher vor allem mit den Themenbereichen Familie, Bildung, Wirtschaft und Klima: Bleibt es dabei? Oder werden Sie sich künftig in erster Linie für die Anliegen von Menschen mit Beeinträchtigungen einsetzen?

Ich bleibe bei meinen Themen, werde mich aber zusätzlich mit Themen rund um die Situation von Menschen mit Beeinträchtigungen befassen – letzteres jedoch eher zurückhaltend: Ich habe noch wenig Alltags-Zeit im Rollstuhl verbracht und möchte deshalb auf diesem Gebiet nicht vorpreschen.

Wie meinen Sie das?

Ich habe mich stets für eine offene Gesellschaft wie auch für Minderheitenschutz eingesetzt, einschliesslich der Ehe für alle. In der Familienpolitik etwa konnte ich als Präsident der entsprechenden Subkommission mithelfen, das Kita-Unterstützungsgesetz aufzugleisen. Wir schlugen vor, dass der Bund etwas an die Kitas zahlt und dass sich im Gegenzug auch die Kantone und Städte beteiligen. Letztere signalisierten Zustimmung. Zurzeit befindet sich die Vorlage in der parlamentarischen Beratung: Der Nationalrat hat sie im März für gut befunden, der Ständerat hingegen will nun noch andere Modelle prüfen.

Wo liegt denn das Problem?

Aus meiner Sicht haben wir ein gutes Modell gefunden, und zudem ist allen klar, dass auf diesem Gebiet dringend etwas gehen muss. Das liegt spätestens seit der Corona-Pandemie auf dem Tisch: Bezahlbare Kitas sind weit mehr als «nice to have», sie sind volkswirtschaftlich relevant. Natürlich ist auch hier der Fachkräftemangel ein Problem, und wir können nicht alle nötigen Fachkräfte importieren: Wir müssen vermehrt das Potenzial jener Menschen ausschöpfen, die schon hier leben – wer hier lebt und arbeiten will, soll auch arbeiten dürfen. Gute und bezahlbare Kitas sind zudem ein wichtiges Instrument, wenn es um die Gleichstellung von Frau und Mann geht, und sie sind auch bildungspolitisch wichtig: Meine Kinder waren beide in der Kita, und sie haben von dieser Erfahrung profitiert.

Ihre Partei hat im Kanton Zürich bloss eine kleine Hausmacht: Wer soll Sie in den Ständerat wählen und warum?

Meine Chancen stehen jüngsten Umfragen zufolge auch ohne grosse Hausmacht nicht schlecht. Die Ständeratswahlen sind Persönlichkeitswahlen. Ich spreche auch Menschen an, die nicht Die Mitte wählen, denn ich kenne den Kanton Zürich nicht nur aus meiner Zeit als Kantonsrat gut, sondern habe in bisher 13 Jahren als Wädenswiler Stadtpräsident viele Erfahrungen gesammelt. Ich bin mit den Problemen der Agglomeration wie auch des ländlichen Raums vertraut, gehört doch seit unserer Gemeindefusion beispielsweise Hütten mitsamt dem wildromantischen Hüttennerseeli zur Stadt Wädenswil. Als Nationalrat kenne ich zudem den Betrieb in Bern bestens. Ich spreche mit

«Ich kenne nicht nur die Sonnenseite des Lebens.»

meinen Themen verschiedene Bevölkerungsgruppen an und vertrete keine extremen Positionen, sondern jene der Mitte. Und nicht zuletzt habe ich jüngst viel Lebenserfahrung gesammelt und kenne nicht nur die Sonnenseite des Lebens.

STÄNDERATSWAHLEN 2023

P.S. hat die Kandidat:innen von Links bis Mitte dazu befragt, warum gerade sie den Kanton Zürich im Ständerat vertreten sollten. Diese Woche steht Philipp Kutter (Die Mitte) Rede und Antwort.

Wer sind hier die «Chaoten»?

Der Zürcher Kantonsrat beschäftigte sich mit der «Anti-Chaoten-Initiative» der jungen SVP, die der Kantonsrat gegen SVP und FDP den Stimmberechtigten zur Ablehnung empfiehlt. Ein Gegenvorschlag, der der Initiative weit entgegenkommt, fand eine deutliche Mehrheit.

Koni Loepfe

Sandro Strässle durfte als Vertreter der Initiant:innen die Diskussion um die Initiative eröffnen. Ob ein Saubannerzug durch Zürich laufe, ob der Marsch fürs Leben durch Zürich gehe oder ob Schwurpler ihre Theorien auf der Strasse vertreten, sie alle sollen gleich behandelt werden und nicht wie heute in verschiedenen Gemeinden ungleich. Wobei das Ungleiche, daraus machte er kein Geheimnis, vor allem die Stadt Zürich betrifft. Die Stadt weigere sich, den Veranstalter:innen von unbewilligten Demos, die oft ausarteten und viele Unbeteiligte (Geschäfte und Passant:innen) behinderten oder belästigten, eine Bewilligungspflicht für Demonstrationen und Kundgebungen aufzuerlegen, und vor allem weigere sie sich, die Verantwortlichen für die Kosten der ausserordentlichen Polizeieinsätze und den Sachschaden zur Kasse zu bitten. Was gesetzlich heute möglich sei und von der Kantonspolizei auch praktiziert werde. Die Initiative verlange eine generelle Bewilligungspflicht und eine Kostenverrechnung, die auch die Kosten der Räumung von besetzten Häusern betreffe. Zudem haften Veranstalter:innen und auch Teilnehmer:innen für Sachschäden, auch wenn diese in Zusammenhang mit der Störung einer bewilligten Kundgebung erfolgen. In der Replik führte er den vernünftigsten Satz aus: Im heutigen Zustand würden meist die Opfer und nicht die Täter:innen bestraft. Oft kämen bei gewalttätigen Demonstrationen Kleinläden zu Schaden.

Haftet das Ehepaar Canepa, wenn es bei seiner Veranstaltung, dem Spiel des FCZ, zu Krawallen kommt, und vor allem, wer bezahlt hier wieviel an den Polizeieinsatz?

Die Initiative war in der Form einer allgemeinen Anregung gehalten. Das bedeutet, dass bei einer Annahme eine detaillierte Gesetzesvorlage ausgearbeitet werden muss, die wiederum dem Referendum untersteht. Die Form der allgemeinen Anregung erfolgte, weil auch die Initiant:innen sich bewusst sind, dass die konkrete Umsetzung mit einigen, auch juristischen Problemen behaftet ist. Ein Problem, das etliche Parlamentarier:innen zur Sprache brachten: Grundsätzlich

kann nur verurteilt werden, wem eine konkrete Straftat nachgewiesen wird: Wer eine Scheibe einschlägt, muss sie selbstverständlich bezahlen. Es dürfte aber nicht ganz einfach sein, ein Gesetz zu konstruieren, das diese Zahlungspflicht auf Leute ausdehnt, die zwar halbwegs in der Nähe waren, sich aber nicht am Steinwurf beteiligten.

Dazu ganz banal ein weiteres Beispiel: Wie berechnet man die zu verrechnenden Polizeikosten? Das klassische Beispiel: Die Stadtpolizei geht davon aus, dass sich am 1. Mai ein beachtliches Gewaltpotenzial in der Stadt aufhält. Sie bietet also so viele Polizist:innen auf, dass sie im Ernstfall die Oberhand behalten kann. Wider erwarten bleibt es diesmal ruhig, ausser einem kleinen Scharmützel bei der Kanzleiturnhalle. Die Ruhestörer:innen werden eingekesselt und anschliessend zur Kasse gebeten. Zahlen sie nun für den ganzen Einsatz der Polizei oder nur für die für die Einkesselung nötigen 50 Polizist:innen? Angie Romero (FDP) fand, jeder müsse die Folgen seines illegalen Handelns selber bezahlen, und wischte die konkreten Probleme mit einem Satz unter den Teppich: «Die Regierung wird dafür schon einen Weg finden.» Was die Regierung in der Person von Mario Fehr entschieden verneinte. Er findet die Initiative praktisch nicht umsetzbar. Weil er und der Regierungsrat andererseits aber überzeugt sind, dass die Initiative an der Urne eine sehr gute Chance hat, verfassten sie einen Gegenvorschlag, den die Kommissionsmehrheit vor allem mit der Bewilligungspflicht verschärfte. Ausgesprochen ungelöst ist auch das Problem mit den Sportkrawallen. Haftet das Ehepaar Canepa, wenn es bei seiner Veranstaltung, dem Spiel des FCZ, zu Krawallen kommt, und vor allem, wer bezahlt hier wieviel an den Polizeieinsatz? FCZ-Fan Mario Fehr bleibt schliesslich nicht auf ewig Polizeivorsteher.

Bewilligung als Einschränkung

Es gehe nicht darum, mit einer Bewilligungspflicht die demokratischen Grundrechte einzuschränken, betonten der Initiant und alle Befürworter:innen. Es gehe lediglich darum, dass die Polizei sich auf die Veranstaltung vorbereiten und so Schaden abwenden könne. Das ist weit hergeholt, um nicht einfach Blödsinn zu sagen. Selbst die Mehrheit des Zürcher Gemeinderats, den viele als den eigentlichen Bösewicht sehen, verlangt eine Meldepflicht. Die Polizei ist also vorgewarnt und kann sich vorbereiten. Eine Bewilligungspflicht ergibt nur einen Sinn, wenn man auch ablehnen kann. Das kann man richtig oder falsch finden, aber man soll nicht wie Yiea Wey Te (FDP)

so tun, als ob dieses Verbot in der demokratischen Schweiz nicht auch im Interesse der Obrigkeit erfolgte und erfolgen kann. Sowohl 1968 als auch in den 1980er-Jahren schränkte die Polizei das Demonstrationsrecht der Opposition strikte und

Sowohl 1968 als auch in den 1980er-Jahren schränkte die Polizei das Demonstrationsrecht der Opposition strikte und willkürlich ein.

willkürlich ein. In Zürich und nicht in einer Diktatur. Über das Verbot des Marsches für das Leben schweigt des Sängers Höflichkeit.

Der Gegenvorschlag der Kommissionsmehrheit verlangt nun eine Bewilligungspflicht, die in der Kompetenz der Gemeinde bleibt. Der Gegenvorschlag macht aus der heutigen Kostenmöglichkeit für den Einsatz der Polizei eine Pflicht, die allerdings nicht auf die Sachbeschädigung ausgedehnt wird. Hier gilt also, wie Silvia Rigoni (Grüne) und andere Linke ausführten, dass weiterhin verurteilt werden kann und auch soll, wer Sachschaden anrichtet. Aber man muss es ihm oder ihr konkret beweisen. Entgegen dem, was die Bürgerlichen, teils auch sehr unflätig, der linken Ratsseite («Ihr schützt nur Eure Klientel») vorwerfen, hat die Stadt kaum Probleme mit der Rechtslage bei Demonstrationen, sondern damit, dass sie bei Randalen zu wenig Täter:innen erwischt und mitunter zu wenig energisch eingreift. Auf die Klimaktivist:innen trifft es schon gar nicht zu: Sie sind bekanntlich buchstäblich angeklebt und werden zudem für ihr Tun auch bestraft.

SP, AL und Grüne verlangten einen Gegenvorschlag ohne Bewilligungspflicht und eine Kostenpflicht «in der Regel». Das wäre eine leichte Verschärfung gegenüber dem geltenden Gesetz. Vor allem für die Stadt Zürich. Leandra Columberg (SP) betonte, dass die Parteien diesen Gegenvorschlag nur gemacht hätten, um den Stimmberechtigten eine Änderung vorzulegen, die im Gegensatz zur Initiative und dem Mehrheitsgegenvorschlag wenigstens korrekt sei. Am besten wäre gar keine Änderung. – Anschliessend debattierte der Rat noch ausführlich über das richtige Alter der Teilnehmer:innen im Jugendparlament. Es bleibt bei 12 bis 21 Jahren.

Alterswohnungen und Abstellplätze

Der Zürcher Gemeinderat sprach sich einstimmig für eine Volksinitiative aus, die 2000 zusätzliche Alterswohnungen forderte. Gestritten wurde über Velo- und Cargoveloabstellplätze auf öffentlichem Grund.

Nicole Soland

An seiner Sitzung vom Mittwochabend befasste sich der Zürcher Gemeinderat zum Einstieg mit einem «alle-Jahre-wieder»-Geschäft, der «en Bloc»-Abschreibung einer ganzen Reihe von mehr oder weniger alten Postulaten. Die Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK), Martina Zürcher (FDP) führte aus, dieses Mal habe der Stadtrat die Abschreibung von 150 Postulaten beantragt, von denen das älteste wenige Tage nach ihrer Geburt eingereicht worden und somit «gut abgehangen» sei... Dafür, dass jeweils trotzdem nicht allen Abschreibungsanträgen entsprochen wird, brachte sie ein paar Beispiele. So habe etwa Stadträtin Simone Brander (SP) ein von ihr eingereichtes Postulat abschreiben lassen wollen – doch ihre Fraktion sei dagegen. Matthias Probst (Grüne) erinnerte seine Ratskolleg:innen daran, dass ein Postulat ein Prüfungsauftrag sei, kein Umsetzungsantrag. Wenn also die in einem Postulat gestellte Forderung (noch) nicht umgesetzt sei, dann sei das kein Grund, das Postulat weiterhin aufzubewahren. In den Schlussabstimmungen folgte der Rat nichtsdestotrotz einstimmig den Abschreibungs- bzw. Nichtabschreibungsanträgen seiner Kommission.

Mehr Alterswohnungen

Am 4. Januar 2022 wurde die Volksinitiative «Mehr Alterswohnungen für Zürich (Plus 2000)» eingereicht (siehe P.S. vom 7. Januar 2022). Sie verlangt die Ergänzung der Gemeindeordnung um eine neue Bestimmung: Um ein «an der Nachfrage orientiertes» Angebot an Wohnmöglichkeiten für ältere Menschen zu schaffen, soll der Bestand der Alterswohnungen mit Kostenmiete der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) und anderer gemeinnütziger Wohnbauträger bis 2035 im Vergleich zum Stand vom 31. Dezember 2019 um 2000 Wohnungen erhöht werden. Der Stadtrat hält in seiner Vorlage zuhanden des Gemeinderats fest, dass die Initiative gültig ist und dass er deren Ziele im Grundsatz unterstützt. Kommissionsprecher Moritz Bögli (AL) erklärte, dass die Stadt im Rahmen der Umsetzung der Altersstrategie

den Wohnungsbestand der SAW bis 2035 um 1000 Wohnungen erhöhen wolle. Die Initiative verlange die doppelte Menge in derselben Zeit, und die Kommission beantrage einstimmig Zustimmung zur Vorlage. Stadtrat Andreas Hauri sprach von einem «wichtigen Anliegen» und erklärte, mit den gemäss Altersstrategie geplanten Wohnungen sei man «auf Kurs», wenn auch nicht hundertprozentig – aber 500 Wohnungen seien unterwegs. Wenn nun das Doppelte verlangt werde, werde das die SAW nicht allein leisten können, es müssten auch weitere gemeinnützige Bauträger wie etwa Genossenschaften ihren Beitrag leisten. Mit 111:0 Stimmen stimmte der Rat der Volksinitiative zu.

10 000 Veloabstellplätze mehr

Dann aber wars vorbei mit der Einstimmigkeit, was angesichts des Reizthemas Velo nicht weiter erstaunt: Mit einer Motion forderten die SP-, Grüne- und AL-Fraktionen die «Schaffung von 10 000 öffentlich zugänglichen Veloabstellplätzen und 500 Cargoveloabstellplätzen nach Möglichkeit auf bisherigen Strassen-Autoabstellplätzen». Anna Graff (SP) erklärte, der Mangel an Abstellplätzen, insbesondere auch an solchen für Cargovelos, könne unter anderem dazu führen, dass Velos auf Trottoirs abgestellt werden müssten,

«Das bisherige Tempo von 200 neuen Abstellplätzen pro Jahr entspricht flächenmässig bloss 20 Autoparkplätzen, und das ist zu wenig.»

Michael Schmid, AL

worunter insbesondere mobilitäteingeschränkte Personen zu leiden hätten. Die neuen Abstellplätze sollten jedoch nicht dem Langsamverkehr den Platz streitig machen – deshalb die Forderung, sie auf bisherigen Autoparkplätzen zu platzieren und diese Flächen zwecks Hitzeminderung zu entsiegeln. Zurzeit habe es in Zürich auf öffentlichem Grund noch zehnmal mehr Parkplätze für Autos als Abstellmöglichkeiten für Velos, fügte sie an.

Stadträtin Simone Brander zählte auf, was die Stadt schon alles unternahme in Sachen mehr Veloabstellplätze: Man sei dran, versicherte sie, doch diese Motion sei nicht das richtige Instrument, weshalb der Stadtrat sie ablehne. Als Postulat nehme er den Vorstoss gern entgegen. Michael Schmid

(AL) befand, dass in Zürich nicht noch viel mehr Menschen das Velo nähmen, liege weniger am Fehlen von Abstellplätzen als an der mangelnden Sicherheit und der mangelhaften Infrastruktur. Dennoch unterstütze seine Fraktion die Motion, denn das bisherige Tempo von 200 neuen Abstellplätzen pro Jahr entspreche flächenmässig bloss 20 Autoparkplätzen, und das sei zu wenig. Die GLP unterstütze den Vorstoss als Postulat, sagte Patrick Hässig. Die Motion sei nicht innert nützlicher Frist umsetzbar, und Michael Schmid habe ja bereits richtig bemerkt, dass nicht die Abstellplätze das Problem seien, sondern die Sicherheit.

«Überall stehen die blöden Velos rum...»

Johann Widmer (SVP) befand, den Motio-när:innen gehe es bloss darum, das Auto aus der Stadt zu verbannen, dabei müsste man eigentlich die Velos rauswerfen, denn die seien viel zu gefährlich, und überhaupt, «überall stehen die blöden Velos rum»... Wenn schon, müsste man künftig pro Cargovelo 200 und pro gewöhnliches Velo 150 Franken pro Jahr zahlen müssen, denn schliesslich entfielen die Autoparkplatzgebühren. Martina Zürcher (FDP) erinnerte an den Paragraphen 242 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes, der besage, dass die Zahl der Abstellplätze «für Verkehrsmittel, insbesondere für Motorfahrzeuge» so festgelegt werden sollte, dass die Fahrzeuge der Benutzer einer Baute oder Anlage ausserhalb des öffentlichen Grunds aufgestellt werden können: «Auch Velos sind Verkehrsmittel.» Die FDP lehne den Vorstoss wegen der darin verpackten «Doppelmoral» ab. Klammer auf: Damit wissen wir immerhin, was passiert, falls die Motion doch umgesetzt werden kann: Die FDP verkündet, der Stadtrat halte sich mal wieder nicht an übergeordnetes Recht, und rennt subito zum Statthalter... Klammer zu. Mit 59 gegen 49 Stimmen (von SVP, FDP, Mitte-/EVP und GLP) wurde der Vorstoss als Motion überwiesen.

Reklame



«Die Schweiz darf nicht länger abseitsstehen»

Mehr Solidarität für die Ukraine: Die Schweiz muss Verantwortung übernehmen statt sich hinter Neutralität verstecken.

Der schreckliche Krieg von Putin gegen die Ukraine dauert schon 18 Monate und wird immer schlimmer. Die unfassbaren Angriffe auf die Zivilbevölkerung, die Zerstörung von Getreideexporten: Putin überschreitet mit Vorsatz und mit System alle grundsätzlichen Prinzipien des Völkerrechts.

Putins Krieg ist ein Krieg nicht nur gegen die Ukraine, sondern ein Krieg gegen die Demokratie, gegen Freiheit, gegen Sicherheit in ganz Europa. Und deshalb ist es auch ein Angriff gegen die Schweiz. Und da müsste es doch völlig klar sein, dass die Schweiz alles, was in ihrer Möglichkeit steht, unternimmt, um mitzuhelfen, dass Russland diesen Krieg gegen die Ukraine verliert und Putin für seine Verbrechen bestraft wird! Die Schweiz hat als Rohstoff- und Finanzdrehscheibe einen enormen Hebel. Gerade wenn es darum geht, Putin den Geldhahn zuzudrehen. Da steht die Schweiz in mehrfacher Hinsicht in der Pflicht. Doch es geschieht viel zu wenig. Das Zögern bei der Übernahme der Sanktionen und der Suche nach den Oligarchengeldern, das Abseitsstehen der Schweiz bei der G7-Taskforce usw.: Die offizielle Schweiz, allen voran die beiden Schlüsseldepartemente von Parmelin (SVP) und Cassis (FDP), sind viel zu zurückhaltend bei der Umsetzung von international

anerkannten Grundsätzen, wie etwa der aktiven Suche nach Oligarchengeldern.

Gerade angesichts der Eskalationen im Sommer könnte man doch erwarten, dass der Bundesrat als Anwalt des Völker- und Menschenrechts die Stimme erhebt und Russland lautstark kritisiert. Doch lieber versteckt sich die Schweiz – ein-

Der Gipfel der Unmenschlichkeit war, als die rechte Mehrheit im Parlament vor den Sommerferien im Nationalrat ein 5-Milliarden-Hilfspaket für den Wiederaufbau der Ukraine und die humanitäre Hilfe abgelehnt hat.

mal mehr – hinter der Neutralität. Es gibt eine militärische Neutralität, aber es gibt keine politische und keine moralische Neutralität. Gegenüber Putins Angriffskrieg können wir nicht neutral sein, niemals und in keiner Hinsicht.

Doch eine Mehrheit im Bundesrat und Parlament gibt auf wichtige Fragen die falschen Antworten. Es ist eine absolute Heuchelei, wenn die

SVP mit einer viel zu strikten Auslegung der Neutralität die Verteidigung des Friedens und der Sicherheit unseren europäischen Partnern abdelegieren will. Die Schweiz kann und muss endlich die richtigen Antworten auf diesen schrecklichen Krieg finden. Sie darf nicht länger abseitsstehen und muss Verantwortung übernehmen. Das heisst: Oligarchengelder aufdecken und humanitäre und Wiederaufbauhilfe leisten. Es heisst aber auch, dass es selbstverständlich möglich sein muss, bei einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg die Wiederausfuhr von Kriegsmaterial zuzulassen. Nichts zu unternehmen gegen Waffenexporte nach Saudi-Arabien, das im Jemen einen grausamen Krieg führt, aber die Ukraine nicht unterstützen wollen, das ist eine riesige Heuchelei von rechts.

Der Gipfel der Unmenschlichkeit war, als die rechte Mehrheit im Parlament vor den Sommerferien im Nationalrat ein 5-Milliarden-Hilfspaket für den Wiederaufbau der Ukraine und die humanitäre Hilfe abgelehnt hat. Gleichzeitig werden Milliarden zum Fenster rausgeworfen für eine Armee, die von einer völlig realitätsfernen, autonomen Verteidigung ausgeht – wo wir doch von befreundeten Staaten umgeben sind und gerade der Krieg gegen die Ukraine zeigt, dass gegen eine Atommacht nur gewinnen kann, wer auf die Solidarität der Völkergemeinschaft zählen kann.

Der Angriff auf die Ukraine zeigt, dass die Völkergemeinschaft zusammenstehen muss. Friede, Freiheit und Demokratie in ganz Europa hängen vom Ausgang dieses Kriegs ab.

Céline Widmer, Nationalrätin SP

FORUM

Sozialdemokratische Migrationspolitik? Mitnichten!

In der vergangenen Ausgabe der P.S.-Zeitung haben einige Einzelpersonen eine mögliche «sozialdemokratische Migrationspolitik» skizziert. Der Inhalt tritt die Menschenrechte mit den Füßen, der Titel des Artikels war zudem höchst irreführend. Denn die Ansätze decken sich in keiner Weise mit der offiziellen Position der Partei, die diametral in eine andere Richtung geht. Erst im August hat die SP eine Resolution mit drei Schwerpunkten verabschiedet:

1. Fluchtursachen bekämpfen,
2. eine gemeinsame europäische Asylpolitik, welche auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte baut und
3. eine Asylpolitik, welche die Schutzbedürftigkeit ins Zentrum stellt.

Die Tendenzen der letzten Jahre sind besorgniserregend: Die griechische Küstenwache setzt Menschen auf Luftkissen auf dem Meer aus, Italien lässt Migrant:innen wissentlich ertrinken und die Schweiz schickt Menschen trotz Wissen um die desolate Versorgungslage nach Kroatien zurück.

Das sind nur drei Beispiele unter vielen, die belegen, dass die Rechten schutzsuchende Menschen mit ihrer Polemik in den vergangenen Jahren konsequent entmenschlicht haben. Sie haben den Handlungsspielraum des Unmöglichen schleichend ins Mögliche verschoben. Dagegen müssen wir uns wehren – und für eine Migrationspolitik einstehen, die das Recht auf Schutz vor Verfolgung und Gewalt mit Überzeugung verteidigt.

Selina Leu, Bern

Klima oder Pistenverlängerung?

Die Schweiz will die Klimaziele von Paris, Netto-Null Co₂ bis 2050 erreichen. Dazu müssen wir u.a. markant weniger autofahren und markant weniger fliegen. Allerdings ist die reale Entwicklung entgegengesetzt, geflogen wird wieder wie vor Corona, was dem Flughafen Zürich gefällt, und ruft er, kommen die Leute in Scharen. Wer könnte sich auch der Faszination der Fliegerei entziehen? Reduzieren und verzichten ist da kein Thema. Zum Überleben hingegen ist die Frage zentral, ob wir die Kurve mit dem Klima kriegen! Dass wir darum drastisch mit dem Verkehr, autofahren und fliegen, zurückbuchstabieren müssen, will uns

kaum jemand sagen. Ist es darum richtig, dass der Flughafen Zürich jetzt, da reduzieren angesagt ist, ausbauen und Pisten verlängern will oder könnte er nicht, bei künftig weniger Flügen, ohne Abstriche bei der Sicherheit, auf Pistenverlängerungen verzichten?

Klaus Güntensperger, Kloten

IN KÜRZE

MNA-Ausschrieb ungenügend

Das kantonale Sozialamt (KSA) hat im Juni respektive Juli die Asylaufträge «Betrieb Durchgangs- und Rückführungszentren» sowie «Betreuung MNA-Wohngruppen» ausgeschrieben. Letzten Sommer hatten ehemalige Mitarbeiter:innen von Asylzentren, in denen MNA (unbegleitete minderjährige Asylsuchende) betreut werden, unhaltbare Zustände offengelegt. Heftige Kritik folgte, darunter jene, dass die UNO-Kinderrechtskonvention verletzt würde. Die nun ausgeschriebenen Aufträge der Regierung beheben die Zustände allerdings nicht, heisst es in den Medienmitteilungen vom «Netzwerk MNA», dem Verein Kinderanwält:innen Schweiz und den Demokratischen Jurist:innen Schweiz in Reaktion auf die nun ablaufenden Fristen bezüglich

Auftragsausschreibung. Dass die Kinderrechtskonvention eingehalten wird, könne mit dem nur teils veränderten Auftrag nicht garantiert werden.

Die Kritik wurde der Regierung mittels eines Kurzgutachtens zugestellt. Darin werden verschiedene Ebenen kritisiert: Die zeitliche Befristung des Leistungsanspruchs, also zum Beispiel dass MNA nur bis zum 19. Lebensjahr in kantonalen Wohngruppen verbleiben, stehe in Kontrast zur kantonalen Kinder- und Jugendheimverordnung, die ergänzende Hilfen bis zum vollendeten 25. Altersjahr vorsieht. Weiter die Infrastruktur, wobei es primär um die Gruppengrösse von zusammenlebenden MNA geht – die ebenso nicht den Vorgaben des kantonalen Kinder- und Jugendhilfegesetzes entspreche – und damit verbunden um mögliche Verstösse gegen die UNO-Kinderrechtskonvention. Weiter um Betreuung und Betreuungsschlüssel, wobei die Rechtsspezialist:innen wieder eine potenzielle Schlechterstellung erkennen. Oder auch bezüglich Schwankungen der Belegung, wobei die vom Zürcher Gemeinderat geforderten Mindeststandards nicht in der Änderung des Leistungsauftrags für die Asylorganisation Zürich (AOZ) berücksichtigt würden. Zuletzt wird das Fehlen eines einfachen Zugangs zu Beschwerdestellen und rechtlichem Gehör für die unbegleiteten Minderjährigen bemängelt.

Obwohl das Netzwerk MNA erfreut ist, dass die Aufträge des KSA sich dieses Mal deutlich von anderen Ausschreibungen im Asylbereich absetzen und fachliche Inputs berücksichtigten, bleibe das bisherige Framework aber unverändert. Die zentrale Forderung des Netzwerks, «keine Kinder zweiter Klasse», werde nur ungenügend umgesetzt. Es liegt nun an den Zweigen des Staatsapparats, diese Forderungen zu berücksichtigen – respektive sich zu verantworten, falls sich die Zustände nicht verbessern und irgendwann die Klage wegen Verletzung der Kinderrechtskonvention im Briefkasten liegt. Das Gutachten der Jurist- und Anwält:innen liegt schliesslich vor. *sca.*

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos: Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.– (Gönner:innen: ab 300.–), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.–, www.loopzeitung.ch

Für radikalere Kompromisse

15. September: Klimastreik! Vor der nationalen Klimademo am Monatsende soll dieser «globale» Aktionstag lokal sein. «umverkehr» will heute tote (Park-)Plätze beleben. «Nehmen wir uns, was uns gehört», lautet etwa das Motto von 10 bis 21 Uhr an der Ackerstrasse 1. Grund genug, auch als alter Mann nach Zürich zu fahren, um meine wachsende Wut über den derzeitigen Gang der Dinge kundzutun.

«Tages-Anzeiger» vom Montag, «Kultur & Gesellschaft»: «Wir fliegen und kaufen wieder wie die Wilden». Über dem Nach-Covid-Essay ein kondensgestreifter Himmel. «Die Idee, die Leute würden von sich aus nachhaltiger werden – das funktioniert nicht», wird eine Soziologieprofessorin zitiert. Also müsste die Politik... Doch der Kantonsrat gab «grünes Licht» zum Erweitern der Flugpisten in Kloten. Dazu am Dienstag die Nachricht: «Nationalrat will Autobahn A1 auf mindestens sechs

zum Glück noch wahr, mehr oder minder. Und die UNO proklamierte notabene den 15. September zum Tag der Demokratie.

Ein ehemaliger Präsident meiner ehemaligen Partei erklärt im gewerkschaftlichen «work» alle paar Wochen, wie er sich die «rosa Zukunft» vorstellt. Bodenmanns letzter Schrei sind «Giganto-Windräder», höher als der Eiffelturm. Diese brächten neben den Sonnenanlagen auch eine attraktive Aufwertung der Alpenlandschaft. Für den grünen Widerstand gegen den «Solarexpress» im Wallis hat der Hotelier aus Brig nur Hohn übrig. Lang her, unser gemeinsamer Kampf für den Alpenschutz in den 1990er-Jahren!

In einem Gespräch mit Markus Notter, den ich als jungen Kantonsrat kennengelernt hatte, gingen Gedanken noch weiter zurück, zum ersten allgemeinen Waldsterben-Alarm. Auch damals standen zur

Damals standen zur Luftreinhaltung technische Massnahmen im Zentrum. Falls sie sich als nicht ausreichend erweisen sollten, wurde eine Benzinrationierung erwogen. Der Vorstoss fand Unterstützung bis in die Mitteparteien, den Freisinn, ja die SVP hinein. In derzeitigen Parlamenten undenkbar.

Spuren ausbauen.» Beim neuen Verkehrsplus Umweltminister rennt die SVP-Motion ein weit offenes Garagentor ein.

Gut, es wird noch Volksabstimmungen geben, und bald Wahlen. «Entscheidung 2023» nannte der «Tages-Anzeiger» sein Streitgespräch mit Parteispitzenleuten. Es sei rasant, informativ, «sogar unterhaltend» gewesen. «Man kennt sich bestens, die Pointen sitzen.» Ernsthafter sei der Ton beim Thema Klimawandel geworden. Der grünliberale Grossen habe dem grünen Glättli hier «Alarmismus» vorgeworfen. «Der Planet kann auch etwas ertragen, da droht nicht gleich der Weltuntergang.» SP-Nationalrat Nordmann tönt ähnlich, wenn er ein Energiekonzept vorlegt und es «als Statement gegen die Endzeitstimmung» versteht, welche «gewisse Kreise verbreiten». Mit massiver Förderung neuer Technologie schaffen wir Netto-Null bis 2050. Das WOZ-Urteil über sein Buch: «Klingt radikal, ist es aber nicht.» Dafür «praktizierbar», sagt Nordmann. Verbote? «Wir leben nicht in einer Diktatur.» Letzteres ist

Luftreinhaltung technische Massnahmen im Zentrum. Aber für den Fall, dass sich die als nicht ausreichend erweisen sollten, wurde durchaus ernsthaft eine Benzinrationierung erwogen. Ein entsprechender Vorstoss fand Unterstützung bis in die Mitteparteien, den Freisinn, ja die SVP hinein. In derzeitigen Parlamenten undenkbar. Nun präsentierte Notter als Alt-Regierungsrat das Projekt eines Zukunftsrates. Was möchte ich in einer dritten Parlamentskammer, die das Klimaproblem endlich ernst nähme, diskutiert sehen? Im aktuellen Umfeld vielleicht dies: Nicht nur Ränder der Autobahnen, sondern gleich zwei von vier Spuren mit Solarpanels bestücken! Auf den andern dürften E-Autos fahren. Auch der grüne Vorschlag zur Güte, alpine Anlagen dort zu platzieren, wo derzeit zum Beispiel der Skizirkus dominiert, geht in die richtige Richtung. Für derartige Kompromisse wäre radikales Denken, mehr Engagement, wieder Bewegung auf allen Ebenen nötig.

Hans Steiger

Mehr zum Zukunftsrat in der Buchbeilage.

GRÜNE
ZÜRICH 3/9

QUARTIERTALK
WOHNEN IN ZÜRICH

MIT KATHARINA PRELICZ-HUBER, DANIEL LEUPI
BASTIEN GIROD UND ANNA-BÉATRICE SCHMALTZ

Dienstag, 26.9.2023, 19 Uhr
ComedyHaus am Albisriederplatz
Mehr Infos unter:
gpzh.ch/quartiertalk

ALMA PÖYSTI JUSSI VATANEN

FALLEN LEAVES

Ein Film von AKI KAURISMÄKI

FESTIVAL DE CANNES
PREIS DER JURY
2023

«Die Magie des Kinos
ist allgegenwärtig
in diesem Film.»

SRF 2 KULTUR

FILM COOP

JETZT IM KINO

**Das wahre
Social Medium**

PSZEITUNG.CH/ABO

Mit Atomgeschwätz Solarenergie ausbremsen

Beim Lesen der NZZ stosse ich immer öfter auf das Wort «Kernkraft». Im Artikel «Ohne Kernkraft droht eine Stromlücke» vom Montag geht es um eine Studie der ETH Zürich. In Auftrag gegeben und finanziert hat die Studie die Economiesuisse, die sie am Dienstag auf ihrer Webseite vorstellte, samt Link zu einer ausführlichen Zusammenfassung. Gemäss NZZ will die Economiesuisse mit dieser Studie «zur Versachlichung der Debatte über die Energiepolitik beitragen, die hierzulande nach wie vor von viel Ideologie und implizierten Denkverboten geprägt ist». Am Mittwoch doppelte die NZZ mit einem Kommentar nach: «Plötzlich läuft alles auf die Atomkraft hinaus.»

Rückblick: Am 21. Mai 2017 sprachen sich 58,2 Prozent der Abstimmenden für das revidierte Energiegesetz aus. Es soll dazu dienen, den Energieverbrauch zu senken, die Energieeffizienz zu erhöhen und die erneuerbaren Energien zu fördern. Zudem enthält es das Verbot, neue Atomkraftwerke zu bauen. Diese erste Tranche der Umsetzung der Energiestrategie 2050 trat zusammen mit den entsprechenden Verordnungen auf Anfang 2018 in Kraft.

Am vergangenen 18. Juni kam das «Bundesgesetz vom 30.09.2022 über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit» an der Urne durch, mit einem Ja-Stimmenanteil von 59,1 Prozent. Am selben Tag war auf NZZ Online zu lesen, «Exponenten von SVP und FDP fordern nach Ja zum Klimaschutz neue Atomkraftwerke». Mit dem Umstieg auf Wärmepumpen und Elektrofahrzeuge steige der Strombedarf in der Schweiz. Dieser könne nur mit neuen Kernkraftwerken gedeckt werden. Immerhin steht in einem Nebensatz, dafür müsste allerdings das Kernenergiegesetz geän-

Die Bürgerlichen kippen mal eben ein erst 2017 angenommenes Gesetz, und schon läuft alles wieder so, wie sie es schon immer haben wollten?

dert werden: «Um den Weg für neue Kernkraftwerke zu ebnen, müsste das Parlament auch das Neubauverbot aus dem Gesetz kippen.» Ach, so macht man das: Die Bürgerlichen kippen mal eben ein erst 2017 angenommenes Gesetz, und schon läuft alles wieder so, wie sie es schon immer haben wollten?

Ganz so einfach scheint es doch nicht zu sein, und das ist wohl einer der Gründe für die vielen Medienbeiträge, unterdessen längst nicht mehr nur in der NZZ: Immer dann, wenn das «tumb-e Volk» ausnahmsweise nicht der bürgerlichen Mehrheit folgt, die hierzulande bekanntlich seit 1848 durchregiert, muss es mit sanftem oder auch größerem Druck weichgeklopft werden, bis es zur Vernunft kommt. Erst war auf allen Kanälen zu lesen, die Energiestrategie sei gescheitert, dann startete die SVP im Kanton Zürich ihren Kampf gegen die Windräder, die angeblich kaum Strom liefern, und nun droht mal wieder eine «Stromlücke». Sie ist eine alte Bekannte: Kriert haben sie vor vielen Jahren PR-Leute der Elektrizitätswirtschaft (siehe P.S. vom 18. Februar 2022). Ihre Botschaft, damals wie heute: Die wachsende Nachfrage nach Elektrizität lasse sich mit dem heutigen Angebot nicht mehr decken.

Und damit zurück zur eingangs erwähnten Studie: Die NZZ schreibt, diese prognostiziere, «dass die im Gesetz verankerten Ausbauziele mit der gegenwärtigen Politik deutlich verfehlt» würden. Die Wissenschaftler gingen davon aus, «dass die Sonnen- und Windkraft im Jahr 2035 gut 30 Prozent weniger liefern werden als von der Politik veranschlagt. Und auch für das Jahr 2050 wird das Ausbauziel knapp verfehlt.» Nun sind Prognosen bekanntlich schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen: Alte AKW laufen lassen, bis sie 60 bis 80 Jahre alt sind, und zusätzlich neue bauen – ob das dann auch funktioniert und sich rechnet?

Gemäss der Studie lassen sich die Kosten zur Deckung des Strombedarfs stark senken, wenn die AKW länger laufen. Welch' «neue» Erkenntnis! Weiter stellt der NZZ-Artikel zur Studie in den Raum, dass AKW künftig wohl wegen des Ausbaus der Photovoltaik nicht mehr rund um die Uhr laufen können. Denn «insbesondere im Sommer» seien die Exportmöglichkeiten gering: «Fraglich ist indes, ob die bestehenden Kernkraftwerke unter diesen Voraussetzungen noch rentabel betrieben werden können – oder eine zusätzliche Förderung nötig würde.» Aha. Subventionen für AKW statt für Erneuerbare, daher weht der Wind... So oder so: Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder komme, heisst es weiter, «zum Schluss, dass neue Kernkraftwerke nun konkret geplant werden sollten». Wobei: Vielleicht sollte man das tatsächlich machen – und sich «in echt-davon überzeugen, dass es keinen Widerstand gibt und alle Anwohner:innen Beifall klatschen...»

Was die NZZ nicht schreibt: Ganz am Schluss der Zusammenfassung der Studie findet sich folgender Abschnitt: «Es muss beachtet werden, dass sich die Szenarien ausschliesslich auf die technisch-wirtschaftliche Darstellung von Kernkraft-

werken beziehen. Andere Aspekte wie das Risiko nuklearer Katastrophen, die Endlagerung nuklearer Abfälle, die Abhängigkeit von Uranimporten oder die Unwägbarkeiten bei den Baukosten und der Dauer der Planung und des Baus eines neuen Kraftwerks werden nicht berücksichtigt.»

Am Dienstag verschickten die Grünen Kanton Zürich eine Medienmitteilung zum ersten Jahrestag der Planung eines Tiefenlagers in Stadel, in der sie auch einen verbindlichen Plan zum Ausstieg aus der Atomenergie fordern. Dass ohne sichere Entsorgung des Atommülls kein längerfristiger Betrieb von AKW mehr möglich ist, sollte eigentlich allen klar sein. Von einer solchen aber sind wir in der Schweiz schätzungsweise Jahrzehnte entfernt.

Ebenfalls nicht an die grosse Glocke gehängt wird, dass uns ausgerechnet die SVP mit ihren Atomplänen offensichtlich in die totale Abhängigkeit vom Ausland treiben will. Vielleicht müsste man das vor den Wahlen noch ein bisschen herumerzählen. Und à propos Uranimporte: Im «Tages-Anzeiger» vom Montag war dazu ein Artikel zu lesen mit dem Titel «Axpo bleibt bis 2030 von Uran aus Russland abhängig». Der Stromkonzern wolle vom russischen Brennstoff wekommen, die Gespräche mit neuen Lieferanten seien weit fortgeschritten. Bestehende Verträge jedoch wolle die Axpo nicht auflösen. Weiter heisst es, dass Frankreich in der EU in der Kritik stehe, weil dessen Atomindustrie mit der russischen Seite geschäfte.

Was im «Tages-Anzeiger» nicht steht: Die Axpo und ihre Partner haben einen Vertrag mit Electricité de France (EDF) bis 2039 verlängert und beziehen somit ab 2025 65,7 Megawatt «CO₂-freie Kernenergie» (siehe P.S. vom 30. Juni 2023). Damit leisteten die Axpo und ihre Partner «weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit in der Schweiz», erklärte Axpo-Sprecher Noël Graber damals auf Anfrage. Gut möglich, dass wir via solche Axpo-Beteiligungen weit länger als bis 2030 von Uran aus Russland abhängig sind – und damit auch Russlands Krieg gegen die Ukraine mitfinanzieren.

«Plötzlich läuft alles auf die Atomkraft hinaus»: Tut es das wirklich? Oder geht es vielmehr darum, den demokratisch beschlossenen Ausbau von Photovoltaik und Windanlagen zu untergraben?



Nicole Soland

Politik für Erwachsene

Gesundheit, Essen, Miete: Eigentlich sind das Grundbedürfnisse, worüber sich niemand Sorgen machen sollte. Allerdings ist das Szenario, dass diese Güter diesen Herbst zum Luxus verkommen, mehr als hoch. Trotz angekündigter Krankenkassenprämienexplosion hat sich das Parlament nämlich dazu entschieden, die Bevölkerung im Stich zu lassen und die bisherige mickrige Prämienverbilligungspolitik nicht zu verbessern.

Staunen werden wir diesen Herbst auch über manche Preissteigerung beim Alltagsinkauf. Die ansonsten inflationsverschonte Schweiz wird feststellen, wie schmerzhaft sich der beginnende ökologische Kollaps auf die Haushaltskasse auswirkt. So haben Dürre und Überschwemmungen innert vier Jahren zu einer 180prozentigen Verteuerung des Olivenöls geführt. Und Sonnenblumenöl wird infolge des Angriffskriegs gegen die Ukraine immer noch fast wie Gold gehandelt.

Schliesslich rollt seit Juni wegen der steigenden Hypothekarzinsen eine Mieterhöhungswelle, die Aufschläge von 10 bis 15 Prozent hervorrufen wird. Bis Ende Jahr flattern zudem die Nebenkostenabrechnungen ins Haus, mit happigen Nachzahlungen wegen der stark gestiegenen Heizkosten. Kurz: Für viele wird es finanziell eng. Sehr eng.

Diese Entwicklung war allerdings in manchen Bereichen absehbar, weshalb die AL-Gemeinderatsfraktion bereits im April 2022 eine Energiekostenzulage

für Haushalte mit geringem Einkommen forderte. Nach der Verabschiedung der Vorlage durch den Gemeinderat im Mai 2023 macht der Stadtrat mit der Umsetzung jetzt zügig vorwärts. Mit grosser Genugtuung haben wir von seinem Entscheid Kenntnis genommen, für 2023 die Energieteuerung zu 100 Prozent auszugleichen. Die entsprechende Verordnung ist gerade diese Woche in Kraft getreten.

Bezugsberechtigt sind Personen, die für 2022 Prämienverbilligungen erhalten haben. In der Stadt Zürich sind das bis zu 34 000 Haushalte. Dank dem vollen Teuerungsausgleich auf den gestiegenen Heizkosten können sie für dieses Jahr mit substanziellen Entlastungen rechnen:

Haushaltstyp	Energiekostenzulage in Franken		
	Gasheizung	Ölheizung	Holzheizung
1-Personen-Haushalt	595	549	262
2-Personen-Haushalt	833	773	368
3-Personen-Haushalt	1 071	997	472
4-Personen-Haushalt	1 309	1 221	577
5-Personen-Haushalt	1 547	1 445	682

Die Beträge, die je nach Situation bis fast 1600 Franken ausmachen, machen zwar nicht alle erwähnten Preiserhöhungen wett. Sie senken aber bei den Bezugsberechtigten den Druck, die eigene Bleibe künden zu müssen.

Das Zeitfenster für die Antragstellung ist allerdings äusserst eng: Bereits bis am 30. September muss das Formular in Papier- oder elektronischer Form retourniert werden. Und wie wenn dieser Zeitdruck nicht gross genug wäre, wurde ein aufwändiges Antragsprozedere gewählt, das die AL nicht

nachvollziehen kann. So müssen Antragsstellende ein vierseitiges Formular mit zahlreichen Fragen ausfüllen und verschiedene Belege einscannen und beilegen, obwohl die Stadtverwaltung bereits über diese Daten verfügt. Gar nicht nachvollziehbar ist, warum die Bezugsberechtigten eine Kopie der aktuellen Heizkostenabrechnung beilegen sollen. Das entbehrt nicht nur jeder Rechtsgrundlage, sondern stellt die Betroffenen vor ein Riesenproblem: Grössere Verwaltungen haben nämlich diese Dokumente noch gar nicht verschickt.

Aufgrund der negativen Erfahrungen der letzten zwei Jahre beim Rücklauf der Anträge für die individuelle Prämienverbilligung rechnet der Stadtrat damit, dass bloss drei Viertel der Angeschriebenen das Antragsformular retournieren. Das darf nicht sein! Die AL setzt weiterhin alles daran, dass diese Anmeldungen entbürokratisiert werden. Parallel dazu rufen wir Betroffene auf, den entsprechenden Antrag einzureichen. Nehmen Sie sich die Zeit dafür, Ihr Portemonnaie wird sich dafür bedanken! Das ist AL-Politik: vorausschauend, sozial und konkret. Politik für Erwachsene.



David Garcia Nuñez, Gemeinderat AL

Die AL erhält von P.S. in der Rubrik «Meh Biss» jeden dritten Freitag im Monat eine Plattform für ihre Themen.

Cartoon by Roman Prelicz



Erhöhung des Armeebudgets bringt nicht mehr Sicherheit

Die neusten Hochrechnungen zeigen, dass der Bundeshaushalt stabil ist, es wird sogar ein moderates Einnahmewachstum erwartet. Trotzdem will der Bundesrat ein Sparprogramm durchdrücken. Es gibt nun leider einen traurigen Zusammenhang zwischen den neusten Zahlen aus dem Finanzplan des Bundes, dem jüngsten Armeebericht und der Vernehmlassung zur internationalen Zusammenarbeit: Wegen der beispiellosen und panikartigen Aufblähung der Armeeaussgaben müssen nun die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit abgebaut werden. In den ersten Monaten nach dem Überfall auf die Ukraine durch Russland war die Verunsicherung der Bevölkerung gross. Auch wir Sicherheitspolitiker:innen wussten nicht, was die Konsequenzen dieses Kriegs sein werden. Damals fürchteten sich viele davor, dass sich der Ukraine-Krieg auf weitere Teile Europas ausdehnen und auch die Schweiz bedrohen würde. Die SP warnte aber schon damals vor einer Überreaktion in Form einer massiven und nicht durchdachten Auf-

Eine massive Erhöhung des Armeebudgets braucht es sicherheitspolitisch schlicht nicht, das Geld fehlt aber an anderen Orten.

rüstung der Schweizer Armee. Heute wird klar: Der Ukraine-Krieg bleibt auf einen Teil des ukrainischen Territoriums beschränkt.

Somit hat sich die Bedrohungslage für die Schweiz nicht verschlechtert, im Gegenteil: Schon vor dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine

gab die Nato 16 mal mehr für die Verteidigung aus als Russland. Der Ukraine-Krieg hat die Nato so stark geeint, wie sie es seit dem Kalten Krieg nicht mehr war. Wenn die russischen Truppen es nicht einmal schaffen, Kiew einzunehmen, wie sollen sie je das Territorium unserer Nachbarstaaten durchdringen und an der Schweizer Grenze auftauchen? Die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit konventionellen Mitteln, also mit Bodentruppen, Artillerie und Panzer, tendiert in der Schweiz gegen Null. Heute, anderthalb Jahre nach dem Überfall auf die Ukraine ist glasklar: Die bürgerliche Mehrheit im Bundesparlament hat überreagiert, als sie dem Bundesrat per Motion den Auftrag gab, die Armeeaussgaben bis 2030 auf ein Prozent des BIP zu erhöhen. In der Ratsdebatte behauptete Verteidigungsministerin Viola Amherd, dies lasse sich problemlos finanzieren. Heute sehen wir, dass dem nicht so ist. Deshalb fordert die SP jetzt, wo sich der Schock nach Ausbruch des Krieges gelegt hat und wir wieder ruhig und unaufgeregt die Bedrohungslage und unsere Ausgaben analysieren können: Der Entscheid des Parlaments, das Armeebudget bis 2030 auf ein Prozent des BIP aufzustocken, war eine Überreaktion und muss rückgängig gemacht werden!

Eine massive Erhöhung des Armeebudgets braucht es sicherheitspolitisch schlicht nicht, das Geld fehlt aber an anderen Orten. Umso wichtiger wären aus friedens- und sicherheitspolitischer Sicht massive Beiträge an die Ukraine sowie an die höchst instabile Mena-Region («Middle East and North Africa» – Mittlerer Osten und Nordafrika), wo ein echter Mehrwert für unsere Unabhängigkeit, unsere Freiheit und unsere Zukunftsfähigkeit geschaffen werden kann und muss.



Priska Seiler Graf,
Co-Präsidentin SP Kanton Zürich

Wir und Jetzt

Vor vier Jahren sagte das Wahlbarometer den Grünen 10,7 Prozent Wähler:innenanteil voraus. Es war von einer «rollenden grünen Welle» und «linker Euphorie» die Rede. Heute prognostiziert die neueste Umfrage wieder 10,7 Prozent, was aber als Verlust interpretiert wird. Denn bei den Wahlen schnitten wir schlussendlich viel besser ab als erwartet. Das ist wieder möglich! Die Trendwende ist geschafft, die Umfragewerte steigen, die Mobilisierung zeigt ihre Wirkung. Jetzt müssen wir dranbleiben und so viele linke Wähler:innen wie möglich an die Urne bringen! Die gesamte Linke muss gestärkt werden, damit wir endlich wichtige Ziele in Bundesbern voranbringen können.

Wir brauchen eine Verkehrswende, die auf öffentlichen Verkehr sowie gute Velo- und Fusswege setzt. Der Bundesrat steht beim Bahnausbau auf der Bremse und will stattdessen quer durchs Land Autobahnen auf sechs Spuren ausbauen. Der bürgerliche Nationalrat hat diesem Wahnsinn zugestimmt, mit dem wir Milliarden für klimaschädliche Infrastruktur ausgeben und Kulturland vernichten.

Statt mehr Land zuzubetonieren, müssen wir mehr Fläche unter Schutz stellen und der Biodiversitätskrise entgentreten. Ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten ist in der Schweiz gefährdet, nahezu die Hälfte aller Wildbienenarten ist ausgestorben oder gefährdet. Wir vernichten buchstäblich unsere eigene Lebensgrundlage. Die Biodiversitätsinitiative geht das Problem an – aber der Ständerat blockiert den Gegenvorschlag.

Wir müssen die Energiewende vorantreiben und endlich den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen schaffen. Dafür braucht es einen massiven Ausbau der Solarenergie. Und zwar in erster Priorität auf geeigneten Dächern und Fassaden. Zu-

sätzlich muss die Windenergie ausgebaut werden. Mit einer Verbesserung der Energieeffizienz kann zudem fast ein Drittel des Stromverbrauchs gespart werden. Der Bundesrat jedoch verschleppt die Inkraftsetzung des Klimaschutzgesetzes, das Parlament ringt um minimale Fortschritte.

Wir müssen das Mietrecht durchsetzen. Aktuell werden viel zu hohe Renditen auf Wohnungen erzielt – gegen geltendes Recht. Zudem gehen die Menschen vergessen, wenn Wohnungen nur als Renditeobjekte betrachtet werden. Wie wir wohnen, beeinflusst aber unser ganzes Zusammenleben. Statt Lösungen werden im Parlament Vorstösse des Hauseigentümergebietes diskutiert.

Der Bundesrat steht beim Bahnausbau auf der Bremse und will stattdessen quer durchs Land Autobahnen auf sechs Spuren ausbauen.

tiert, die das Mietrecht noch weiter aushöhlen wollen.

Wir haben noch immer keine diskriminierungsfreie Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Rechte haben – egal welchem Geschlecht sie sich zugehörig fühlen, welche Hautfarbe sie haben oder ob sie eine Behinderung haben oder nicht. Bundesrat und Parlament bremsen auch hier. Einen dritten Geschlechtseintrag lehnte der Bundesrat mit der Begründung ab, die Schweiz sei noch nicht reif dafür.

Zeigen wir am 22. Oktober, dass die Schweiz sehr wohl reif ist für eine fortschrittliche, zukunftsstaugliche Politik!



Selma L'Orange Seigo,
Co-Präsidentin Grüne Kanton Zürich

«Es ist ein sozialdemokratisches Anliegen, unsere Umwelt zu schützen»

Roger Nordmann will angesichts immer neuer Klimakatastrophen einen Beitrag dazu leisten, die Hoffnung nicht zu verlieren: Der SP-Nationalrat hat ein Buch veröffentlicht, das den Weg in eine klimaneutrale Schweiz 2050 weist. Wie das funktionieren soll und warum zu viele Restriktionen auch keine Lösung sind, erklärt der Ökonom im Gespräch mit Isabel Brun.

Sie werden in den Medien immer wieder als prägende Figur der Schweizer Energiepolitik bezeichnet. Dabei politisieren Sie für die SP und gar nicht für die Grünen. Warum eigentlich?

Roger Nordmann: Das hat zum einen mit meiner Motivation zu tun, mich für das Wohlergehen der Menschen zu engagieren, zum anderen ist es ein altes sozialdemokratisches Anliegen, dass wir unsere Umwelt schützen. Aktuell passiert leider das Gegenteil: Wir sind daran, unsere Lebensgrundlage zu zerstören, indem wir unachtsam und verschwenderisch mit Ressourcen umgehen. Das bringt auch unseren Wohlstand in Gefahr.

Was hat denn unser Wohlstand mit der Klimakrise zu tun?

Dadurch, dass aufgrund einer Verknappung alles teurer wird, können sich gerade sozial schwächer gestellte Menschen irgendwann einfache Dinge nicht mehr leisten, während Wohlhabende kaum auf etwas verzichten müssen. Wenn wir eine erfolgreiche Klimapolitik machen wollen, muss die sozialpolitische Dimension auch mitgedacht werden.

Wie das funktioniert, erklären Sie in Ihrem neuen Buch «Klimaschutz und Energiesicherheit: Wie die Schweiz eine rasche und gerechte Wende schafft». In der Einleitung schreiben Sie davon, dass es nicht darum gehe, «den Planeten zu retten». Eine ziemlich kontroverse Aussage.

Wieso kontrovers? Es geht um den Menschen! Was ich aber vor allem sagen will: Ohne Kurskorrektur zugunsten der Menschen wird sich die Lebensbedingung vieler drastisch verschlechtern.

Als Kurskorrektur schlagen Sie eine Staatsverschuldung vor: Damit die Schweiz es schafft, bis ins Jahr 2050 klimaneutral zu sein, wollen Sie, dass der Bund acht Milliarden Franken pro Jahr investiert. Wofür soll das Geld eingesetzt werden?

Ein Teil des Betrags würde in die vollständige Erneuerung der Energieinfrastruktur fliessen, ein anderer ist für Bereiche wie die Landwirtschaft, Recyclingsysteme oder den Bausektor vorgesehen. Klar, auf den ersten Blick sieht es nach viel aus, aber umgerechnet würde die Summe der pri-

vaten und öffentlichen Investitionen nur zwei bis zweieinhalb Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen. Ähnlich hohe Investitionen tätigte man schon in den 1960er-Jahren, damals wurden bis zu vier Prozent für den Ausbau der Stromversorgung eingesetzt. Davon profitieren wir noch heute, doch seither wurde kaum mehr investiert.

Weshalb?

Das hat mehrere Gründe. Erstens hat die Infrastruktur lange Zeit gut funktioniert, zweitens hatten wir die Möglichkeit, billiges Erdöl zu importieren und drittens herrschte die Vorstellung, dass der Markt alles lösen könne. Doch gerade im

Erstens hat die Infrastruktur lange Zeit gut funktioniert, zweitens hatten wir die Möglichkeit, billiges Erdöl zu importieren und drittens herrschte die Vorstellung, dass der Markt alles lösen könne.

Strombereich stehen wir vor dem Problem, dass die Verkaufskosten die Investitionskosten meistens nicht decken.

Gemäss der Logik des Marktes müsste man doch einfach fossile Energien teurer verkaufen.

Wir können nicht einfach alles teurer machen, das wäre nicht gerecht. Während nach einer Erhöhung die Energiekosten für ärmere Menschen einen substanziellen Teil ihres Einkommens ausmachen, spüren Reiche kaum einen Unterschied. Die Lösung der Klimakrise kann nicht nur auf den Einzelnen lasten.

Wollen Sie damit sagen, dass es nichts bringt, wenn ich regionale Produkte kaufe oder mein Altglas recycle?

Es bringt sicher etwas, aber es reicht nicht aus, um die Klimaneutralität zu erreichen. Wir müssen das Problem an der Wurzel packen – als Gesamtgesellschaft.

Beim Ausbau von Energieinfrastrukturen mag das funktionieren. Doch nicht überall sind kollektive Lösungen umsetzbar, zum Beispiel beim Thema Fliegen oder Fleisch essen.

Das stimmt. In gewissen Feldern sind Verhaltensänderungen zwingend. Und doch kann die Klimaschutzfrage zu etwa zwei Dritteln mit technischen Lösungen und entsprechenden Investitionen gelöst werden. Wenn die Leute wissen, dass der technische Teil umgesetzt wird, werden sie eher akzeptieren, den Rest mit Verhaltensanpassungen zu leisten. Es ist aber weder wünschenswert noch machbar, den gesamten Alltag der Menschen mit Verhaltensanweisungen zu verändern. Abgesehen davon, haben wir alle sowieso Grundbedürfnisse wie Wohnen, Essen und Alltagsmobilität. Gute Technik hilft, deren Klimawirkung zu reduzieren.

Sie haben bereits im Jahr 2011 ein Buch veröffentlicht, das den Weg für eine atom- und erdölfreie Schweiz ebnen sollte. Mal abgesehen davon, dass wir Ihrer Meinung nach zu viel auf das Individuum abwälzen, was hat sich seither verändert?

Das Problem ist akuter geworden. Wir spüren jetzt immer stärker die Auswirkungen der Klimaerwärmung. Es ist verrückt: Als ich das Buch 2009 geschrieben habe, war mir selber noch nicht zu hundert Prozent klar, dass wir möglichst schnell auf Netto-Null zusteuern müssen. Zum Glück hat sich mittlerweile nicht nur mein Bewusstsein, sondern auch das der Gesellschaft und der Politik verändert. Was sicher auch damit zu tun hat, dass sich die Technik gerade im Energiebereich in den letzten zehn bis 15 Jahren enorm weiterentwickelt hat.

Solarenergie ist salonfähig geworden.

Das ist einer der Fortschritte, ja. Aber auch in Bezug auf die Batteriespeicherung oder die Gebäudetechnik hat man vieles in die Praxis umgesetzt. Was Anfang der Nullerjahre noch utopisch schien, ist heute Alltag. Das tut neue Chancen auf – und beeinflusst auch den Willen der Bevölkerung, ihre



«Wir sollten uns nicht von der Weltuntergangsstimmung lähmen lassen», rät der SP-Energiepolitiker im Nationalrat und Buchautor Roger Nordmann. (Bild: zVg.)

Gewohnheiten zu ändern. Trotzdem kann man nicht alles von den Menschen abverlangen. Wir leben schliesslich nicht in einer Klimadiktatur.

Einige Klimaschützer:innen wünschen sich aber zumindest mehr Durchsetzungsvermögen von Politiker:innen.

Als Politiker sehe ich meine Verantwortung eher darin, Lösungen auszuarbeiten, die mehrheitsfähig werden können. Mein Buch versucht einen rationalen Weg zwischen jenen, die eine Apokalypse voraussagen, und jenen, die den Klimawandel leugnen, aufzuzeigen. Es war mir deshalb ein Anliegen, offen darzulegen, wo es bereits Antworten gibt und wo vielleicht auch noch nicht.

Die da wären?

In der Gebäudetechnik, der Mobilität, der Industrie oder der Energieversorgung sind alle Lösungen reif und umsetzbar. Beim Flugverkehr, der Abfallverbrennung oder in der Landwirtschaft hingegen hat man keine oder nur wenige technische Lösungen. Teilweise gibt es gute Perspektiven, aber gewisse Ideen sind nicht so sinnvoll, wie sie zunächst scheinen.

Aber müsste nicht alles viel schneller vorwärts gehen? Immerhin sagen Forscher:innen voraus, dass wir das Zweigradziel nicht mehr erreichen können.

Diese Diskussion, ob die Klimaneutralität vor 2050 zu erreichen sei, ist für mich surreal. Das grösste reale Risiko ist, dass wir den Termin von 2050 weit verpassen. Darum konzentriere ich mich lieber auf das «Wie» und konkrete Massnahmen. Wir dürfen nicht in einer Schockstarre verharren, nur weil die Zukunft katastrophal aussieht. Und auch wenn wir es nicht schaffen sollten, die Erderwärmung auf zwei Grad zu beschränken, ist es immer noch besser, sie auf drei statt auf fünf Grad halten zu können. Wir sollten uns nicht von der Weltuntergangsstimmung lähmen lassen.

Wie kommen wir wieder mehr ins Handeln?

Indem wir da ansetzen, wo es bereits Lösungen gibt und dort auch Geld investieren.

Geld, das wir eigentlich nicht haben.

In der Schweiz wurden in der Vergangenheit unzählige Projekte durch Staatsverschuldung finanziert, die heute kaum mehr wegzudenken wären. Der Bau der ETH oder des NEAT-Tunnels zum Beispiel. Diese Vorgehensweise ist also nicht neu.

Neu wäre aber der Klimafonds, den Ihre Partei zusammen mit den Grünen lanciert hat. Wie genau würde die Finanzierung dieses Topfs funktionieren?

Sofern der Bund keinen Überschuss schreibt, soll der Fonds über die Aufnahmen von Staatschulden finanziert werden. Das ist sinnvoll, weil es sich um Investitionen handelt und die Schweiz im Gegenzug über bessere Infrastrukturen verfügt. Die Staatsschuld würde höchstens um 25 Prozent des BIP steigen.

Wieso wollen Sie den Fonds nicht über die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der direkten Bundessteuer finanzieren? Oder durch eine weitere Besteuerung der fossilen Energien?

Ich bin gegen Steuererhöhungen für die breite Bevölkerung und die Unternehmen: Diese Akteur:innen sollten die Liquidität behalten, um ihren Anteil der Investitionen zu finanzieren. Den Fonds über die Besteuerung der Energie zu finanzieren wäre sehr unsozial, da Arme einen hohen Anteil an direkten Energieausgaben haben. Das

Man kann nicht einfach sagen: «Wenn du arm bist, darfst du kein Fleisch mehr essen und nicht mehr fliegen.»

Kausalitätsprinzip stösst hier an seine Grenzen. Man kann nicht einfach sagen: «Wenn du arm bist, darfst du kein Fleisch mehr essen und nicht mehr fliegen.» Dann haben wir irgendwann einen Volksaufstand.

Trotzdem kann ich mir vorstellen, dass es bei Ihren bürgerlichen Kolleg:innen im Parlament nicht gut ankommt, wenn die Schweiz Schulden im Namen des Klimaschutzes machen soll. Haben Sie seit der Veröffentlichung Ihres Buches Ende August bereits Feedback erhalten?

Bis jetzt waren die Rückmeldungen durchaus positiv, zumindest bezüglich meines Vorschlags. Auch bürgerliche Politiker:innen beginnen einzusehen, dass wir enorm investieren müssen. Ich sehe das Buch als ein Zeichen gegen die Endzeitstimmung in gewissen Kreisen. Man soll sich nicht damit begnügen, nur auf Probleme hinzuweisen. Es braucht auch einen Plan, um wegweisende Entscheidungen zu treffen.

Eine versteckte Kritik an jenen Klimaaktivist:innen, die sich auf die Strasse kleben?

Ich finde, das steht nicht im Gegensatz. Klimaaktivist:innen von «Renovate Switzerland» oder vom Klimastreik haben eine andere Rolle als ich als Politiker. In einer gut funktionierenden Demokratie braucht es beide Kräfte. Die, die sensibilisieren und die, die konkrete Lösungen vorschlagen und umsetzen. Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten. Roger Nordmann: **Klimaschutz und Energiesicherheit. Wie die Schweiz eine rasche und gerechte Wende schafft.** Zytglogge Verlag 2023, 232 Seiten, 29 Franken.

Wohnen/Verdichten für alle statt für wenige

Am Freitag, 22. September organisiert die SP Kreis 9 im Kirchgemeindehaus Altstetten ein Podium zum Thema Wohnen/Verdichten in Zürich. Der Ort der Veranstaltung ist kein Zufall. Denn von der innerstädtischen Verdichtung besonders betroffen ist der Kreis 9.

Die Zukunft der Städte und Agglomerationen ist verdichtet. Diese Siedlungsentwicklung nach Innen ist politisch breit abgestützt, und sie ist notwendig. Nur so kann die Zersiedelung der Landschaft gestoppt und unbebaute Natur geschützt werden. Die Verdichtung ist zudem essenziell, um den Pendlerverkehr zu reduzieren und um neue Wohnungen zu schaffen.

Doch: Verdichten bedeutet Verdrängung. Zu diesem Schluss kam jüngst eine Studie der ETH Zürich mit dem Titel «Erkenntnisse zum aktuellen Wohnungsnotstand». Gemäss dieser Studie werden 6,5-mal mehr Wohnungen durch Ersatzneubauten statt durch Anbauten und Aufstockungen von bestehenden Wohnhäusern geschaffen. Von der Verdrängung besonders betroffen sind verletzte Personengruppen. So verdienen verdrängte Haushalte monatlich 4800 Franken weniger als

Von der Verdrängung überdurchschnittlich betroffen sind ausländische Bewohner:innen und Alleinerziehende.

durchschnittliche Haushalte. Und von der Verdrängung überdurchschnittlich betroffen sind ausländische Bewohner:innen und Alleinerziehende.

Die innerstädtische Verdichtung bringt noch weitere Herausforderungen mit sich. Der Abbruch und Neubau von bestehenden Siedlungen ist aus ökologischer Sicht bedenklich, denn es werden enorme Mengen an grauer Energie vernichtet. Bei der Verdichtung gehen zu-

meist Grünraum und alter Baumbestand verloren, die beide wichtig fürs Stadtklima sind. Durch die Tabularasa-Methode des Ersatzneubaus droht der Verlust von Quartieridentitäten. Und mit dem Wohnraum müssen auch der öffentliche Raum und die Infrastruktur wachsen. Es braucht mehr öffentliche Plätze und Parks, mehr Schulen und Freizeitanlagen. Doch der Boden hierfür in öffentlicher Hand ist ein rares Gut.

Was tun? Wie muss Verdichtung gestaltet sein, damit sie sozialverträglich ist, sodass alle und nicht nur wenige profitieren? Welche Instrumente stehen hierfür zur Verfügung? Welche müssen durch die Politik erst noch geschaffen werden? Wie kann die Umwelt geschont und der öffentliche Raum gestärkt werden? Und: Wie kann die aktuelle Wohnungskrise in Zürich bewältigt werden?

Diese und weitere Fragen werden an der Podiumsveranstaltung in Altstetten debattiert. Die Besetzung des Podiums verspricht spannende Einblicke und interessante Lösungsansätze. Es diskutieren: Jacqueline Badran (Nationalrätin, Vorstand Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz), Marco Denoth (Gemeinderat, ehemaliger Präsident Sonderkommission Richtplan), Prof. David Kaufmann (ETH Zürich, Mitautor der genannten ETH-Studie), Nadia Loosli (Betreiberin immomailing.ch), Barbara Thalman (Stadtpräsidentin Uster, ehemalige Präsidentin Regionalverband Zürcher Wohnbaugenossenschaften). Die Veranstaltung wird von Tobias Langenegger moderiert (Kantonsrat, Ökonom).

Das Publikum kann mittels Live-Umfrage aktiv mitwirken. Beim anschliessenden Apéro gibt es die Gelegenheit, sich mit den Podiumsteilnehmer:innen, mit Ständeratskandidat Daniel Jositsch und mit Nationalratskandidat:innen der SP Zürich auszutauschen.

AG Lokalpolitik der SP 9

Podiumsdiskussion: «**Wohnen/Verdichten für alle statt für wenige.**» Freitag, 22. September, 19 Uhr, anschliessend Apéro mit Tischgesprächen. Kirchgemeindehaus Altstetten, Pfarrhausstrasse 21.

Autofrei ab dem Sechseläutenplatz

Ob mit dem Velo, auf Inline-Skates oder zu Fuss: Starten kann man zum Slow-up Zürichsee in gut einer Woche schon ab dem Zürcher Sechseläutenplatz und nicht wie bis anhin erst ab Meilen.

Arthur Schäppi

Gemächlich dem rechten Zürichseeufer entlang pedalen, rollen, wandern oder flanieren – ganz ohne den alltäglichen Strassenverkehr mit Motorenlärm, Abgasen und Hektik. Jeweils am vierten Sonntag im September wird dieser Wunschtraum für ganze Familien, Gruppen oder Vereine, aber auch für Einzelpersonen zumindest für ein paar Stunden Wirklichkeit: Am Slow-up Zürichsee, der dieses Jahr am Sonntag, 24. September stattfindet.

Erwartet werden zu diesem alljährlichen Treffen des Langsamverkehrs – zumal bei schönem Herbstwetter – mehrere zehntausend Teilnehmer:innen. Entlang der Strecke laden wiederum zahlreiche Mitmachaktionen, Unterhaltungsspektakel und Verpflegungsmöglichkeiten zum vergnüglichen Zwischenhalt.

Mobil mit Muskelkraft

Unterwegs sein werden Velofahrer:innen, E-Biker (ohne gelbe Nummern), Skater:innen und Fussgänger

diesmal indes nicht mehr bloss auf der knapp 30 km langen Strecke zwischen Meilen, Rapperswil-Jona und Schmerikon am Obersee. Sondern bereits ab dem Zürcher Sechseläutenplatz – wie einst am ersten Slow-up Zürichsee von 2004. Grund der Streckenverlängerung auf nunmehr 42 km: Die diesjährige Auflage soll gewissermassen als Vor-Event auf die just in einem Jahr stattfindende Rad- und Para-Cycling-Strassen-WM Zürich 2024 mit dem Sechseläutenplatz als dazuzumaligem Brennpunkt einstimmen. Dort findet ab 9.15 Uhr deshalb auch die Eröffnungsfeier des diesjährigen Slow-up mit dem Durchschneiden des Streckenbandes durch die Zürcher Stadträtin Simone Brander (SP) und Regierungspräsident Mario Fehr (parteilos) statt.

Die für den motorisierten Verkehr bis um 18 Uhr gesperrte Slow-up-Route führt ab dem Sechseläutenplatz über die Seestrasse nach Meilen und Rapperswil-Jona und verläuft dann entlang des Obersees bis nach Schmerikon. Sie kann ab jedem beliebigen Punkt im Gegenverkehr befahren und begangen werden. Die Strecke ist flach, asphaltiert und auch für Familien mit Kindern und Menschen mit Behinderung geeignet. Während des Slow-ups 2024 ist die Seestrasse zwischen Zürich und Meilen von der dazuzumal zeitgleich stattfindenden Rad-WM belegt. Ab 2025 soll der Abschnitt dann definitiv zur Slow-up-Teilstrecke werden.

Weitere Infos: www.slowup.ch/zuerichsee



Slow-up Zürichsee lädt wieder zum Plauschpedalen (Bild: PD)

Revitalisierung soll Ökosystem an Jonen und Zwillikerweiher aufwerten

Entlang der Jonen und am Zwillikerweiher planen Kanton und Pro Natura Zürich ein gemeinsames Revitalisierungsprojekt. Am vergangenen Mittwoch stellten sie dieses der Öffentlichkeit vor.

Angela Bernetta

«Die Verbindung mit dem Revitalisierungsprojekt des Awel brauchte zwar etwas Zeit, bietet aber ein erheblich grösseres ökologisches Aufwertungspotenzial als das isolierte Weiherprojekt», sagte Nora Hug, Schutzgebietverantwortliche bei Pro Natura Zürich. «Pro Natura Zürich sieht es als grosse Chance, den Zwillikerweiher und die nebenan liegende Jonen als Gesamtsystem zu entwickeln.» Am öffentlichen Spaziergang vom vergangenen Mittwoch klärten die Verantwortlichen des Kantons Zürich und von Pro Natura Zürich sowie die Zürcher Planer über das gemeinsame Revitalisierungsprojekt entlang der Jonen und am Zwillikerweiher auf.

Naturnahe Gewässer

Ab dem 18. Jahrhundert begannen die Menschen die Gewässer hierzulande im grossen Stil zu begraden, zu kanalisieren und künstlich zu verbauen. Landgewinn für Siedlungen und die Landwirtschaft, aber auch Schutz vor Überschwemmungen waren das Ziel, das viele Fließgewässer ihrer natürlichen Dynamik beraubte und Flora und Fauna im und am Wasser beeinträchtigte. «Befreit man die Gewässer aus diesem Korsett, entsteht ein vielfältiger Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten», sagte Marc Autenrieth, Projektleiter Wasserbau beim kantonalen Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel). «Das wollen wir mit den Revitalisierungsmassnahmen erreichen.»

Das Projekt sieht Arbeiten am Zwillikerweiher, dem Naturschutzgebiet oberhalb des Weiher und an der Jonen vor. Deren Bachverlauf soll zwischen den Brücken «Im Moos» und «Ottenbachstrasse» auf einer Länge von 1,5 Kilometern naturnah angelegt werden. «Damit sich

Fische, Flusskrebse und Amphibien im Bach frei bewegen können, ersetzen wir die künstlichen Schwellen durch fischgängige Rampen», ergänzte Autenrieth. Uferverbauungen sollen entfernt, das Ufer mit Baumstämmen, Wurzelstöcken und Steinen gesichert, und wo nötig, verbreitert werden. «Wir haben gütliche Lösungen mit den Landbesitzer:innen gefunden», führte er aus.

Um das Ökosystem, aber auch das Naherholungsgebiet entlang des Baches aufzuwerten, werden Bäume und Sträucher gepflanzt. Zwischen den Brücken «Im Moos» und «Weihermattstrasse» ist ein Trampelpfad vorgesehen. Äste, Sand und Steine sollen Habitate für Amphibien, Insekten oder Fledermäuse bieten. Den Hochwasserschutz verbessern will die Absenkung der Jonen im Mündungsbereich des Hofibaches.

Hotspot für Fledermäuse

«Der Zwillikerweiher ist ein hervorragendes Jagdgebiet für Fledermäuse», sagte Nora Hug. «Von Frühling bis Herbst finden sich nachts sehr viele Tiere zur Jagd ein.»

«Der Zwillikerweiher ist ein hervorragendes Jagdgebiet für Fledermäuse»

Nora Hug, Pro Natura Zürich

2016 konnten elf Fledermausarten akustisch nachgewiesen werden. Vier dieser Arten stehen auf der Roten Liste, etwa die stark gefährdete Mopsfledermaus.

Der Weiher liegt neben der Jonen auf dem Gemeindegebiet von Affoltern am Albis. 2015 übernahm Pro



Die künstlichen Schwellen in der Jonen sollen durch fischgängige Rampen ersetzt werden. (Bild: Angela Bernetta)

Natura Zürich den früheren Fabrikweiher mit angrenzendem Naturschutzgebiet. Wegen Wasserpflanzen und Laub verlandete das Gewässer zunehmend und verkam zum trüben Tümpel. Die Wasserqualität ist mangels Zirkulation und Nährstoffeinträgen schlecht. Der Bestand an Wasserinsekten, von denen sich die Fledermäuse ernähren, ging zurück. «Seit der Übernahme plant Pro Natura Zürich, den Weiher zu sanieren», sagte Hug. Vorgesehen ist etwa, die alte baufällige Wehrschwelle durch eine fischgängige Rampe zu ersetzen. In Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz klären die Verantwortlichen ab, welche weiteren Massnahmen nötig sind. «Unser Ziel ist es, in und am Weiher einen dynamischen Lebensraum zu schaffen, bei dem mindestens ein Drittel der ursprünglichen offenen Wasseroberfläche bestehen bleibt», so Hug. «Gemeinsam mit Pro Natura Zürich plant die Stadt Affoltern am Albis einen öffentlichen Zugang zum Weiher für die Naturbeobachtung», ergänzte der Affolterner Stadtrat Markus Gasser (EVP).

Läuft alles nach Plan, sollte das Bauprojekt 2024 öffentlich aufliegen. Die Bauarbeiten dürften ab 2025 erfolgen. «Auf einen Antrag des Kantons hin übernimmt der Bund zwischen 35 und 80 Prozent der Projektkosten», sagte Autenrieth. Wie viel Pro Natura Zürich und der Kanton Zürich zu zahlen haben, wird sich an den Baukosten orientieren.

SCHWEIZER GEWÄSSERSCHUTZ
Nachdem der Bund 2011 das Gewässerschutzgesetz revidiert hatte, zog der Kanton Zürich mit der Revitalisierungsplanung nach. Diese legt fest, dass bis 2035 je fünfzig Kilometer der kantonalen und kommunalen Fließgewässer revitalisiert werden sollen. Damit will man nicht nur die Lebensräume und die Biodiversität entlang der Flüsse, Bäche und die Naherholungsgebiete aufwerten, sondern auch einen Beitrag an den Hochwasserschutz leisten. (net)

Die Täter und Mitwisser des Klerus

Es ist ein Novum, dass ein unabhängiges Forschungsteam grossflächig Zugang zu kirchlichen Archiven bekommt – wenn auch durch die Kirche beauftragt. Die Universität Zürich legt einen marker-schütternden Bericht vor, der das Ausmass des sexuellen Missbrauchs durch katholische Geistliche sowie dessen Vertuschung belegt. Am Montag lud die UZH zusammen mit Vertreter:innen der katholischen Gemeinschaft und den Betroffenenverbänden zur Medienkonferenz.

Sergio Scagliola

Renata Asal-Steger, Vertreterin der schweizerischen römisch-katholischen Zentralkonferenz (RKZ), befand konsterniert: «Was heute der Öffentlichkeit präsentiert wird, beschäftigt uns schon lange, bedrückt und beschämt uns.» Es sei schon viel geredet worden, zur Rechenschaft gezogen worden seien die Sexualstraftäter in der geistlichen Sphäre aber nicht. Die Tatsachen, die im Rahmen des Pilotprojekts zur historischen Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs im Umfeld der katholischen Kirche nun ans Licht kämen, seien von Mitwissern bei Führungskräften lange unter dem Deckel gehalten worden – weil es ihre jeweiligen Institutionen in Verruf bringen würde. Die RKZ sei deshalb dankbar um diesen Tag – er sei eine Folge von gemeinsamen Bestrebungen der RKZ, der Schweizerischen Bischofskonferenz SBK und der Konferenz der Ordensvereinigungen des gottgeweihten Lebens Kovos, den Missbrauch wissenschaftlich erforschen zu lassen: «Nachdem wir so lange versagt haben, uns diesem Thema zu stellen, soll nun alles auf den Tisch. Und zwar schonungslos», so Renata Asal-Steger. Die Kirche hat dazu die UZH mit dieser einjährigen Studie beauftragt.

Nur die Spitze des Eisbergs

Das, was die Historiker:innen der UZH um Marietta Meier und Monika Dommann nun aber aufzichten, war erschütternd und gleichzeitig nur die Spitze des Eisbergs, wie allen klar war. Die Forscher:innen hatten Zugang zu rund zwei Dutzend Archiven kirchlicher Institutionen und verorteten allein darin 1002 dokumentierte Fälle sexuellen Missbrauchs. Sie machten diesbezüglich 510 Beschuldigte und 921 Betroffene aus, wobei bei 361 Beschuldigten ein einmaliger Missbrauch, bei 149 Beschuldigten mehrfacher Missbrauch in den Quellen dokumentiert wird. Der Forschungszeitraum beschränkt sich von ca. 1950 bis heute. Die Beschuldigten sind fast ausnahmslos Männer (weshalb hier nur von Tätern die Rede ist), in rund 74 Prozent der Fälle geht es um sexuellen Missbrauch an Kindern verschiedenster Altersklassen, bei 14 Prozent an Erwachsenen – die restlichen Fälle lassen keine nähere Identifikation des Alters zu. Betroffene wurden in 56 Prozent der Fälle als männlich identifiziert, 39 Prozent als weiblich. Das ist nur die Spitze des Eisbergs – weil nicht in allen angefragten Archiven Zugang gewährt wurde, ebenso ist mit Lücken zu rechnen, ganz abgesehen davon, dass nur ein kleiner Teil der Miss-

brauchsfälle gemeldet respektive dokumentiert wird. Merke: Es geht hier um Missbräuche durch Personen im Umfeld der Kirche, die der Kirche gemeldet werden – man mag sich die Dunkelziffer gar nicht ausmalen. Auch Aktenvernichtung, ob gezielt oder nicht, erschwert die Forschung.

Nun ist dieses Thema kein Neues und ebenso nicht, dass die katholische Kirche tief verwurzelte, strukturelle Probleme in Sachen Gewalt und Übergriffen nur ungern wahrhaben will. Bei den anwesenden Vertreter:innen der katholischen Kirche allerdings schon. Die Kirche hätte sich dem Zugriff der Justiz zu oft entzogen und die Mischung aus spiritueller und physischer Manipulation sei bei den Tätern typisch. Es gebe ein grundlegendes Kulturproblem, das auch mit kirchlichen Traditionen zusammenhängt. Kurz: Die katholisch-kirchliche Kultur kann die Augen nicht mehr vor ihren Abgründen verschliessen. Bislang war im Rahmen von aufgedeckten Kindesmissbräuchen durch Geistliche meist von «Einzelfällen» die Rede. Das ist nun nicht mehr möglich, weil der Bericht offenlegt, dass während der gesamten Untersuchungsperiode Kenntnis von Missbrauchsfällen vorhanden war – meist auch bei Führungskräften,

«Nur eine gewaltfreie Kirche hat eine Daseinsberechtigung.»

Bischof Joseph Bonnemain

die die Täter im Anschluss gedeckt, sie zur Wogenglättung ins Ausland oder andere Regionen in der Schweiz versetzt oder gar durch etwa Aktenvernichtung den Missbrauch komplett vertuscht haben. Zudem würden Straf- oder Disziplinar-massnahmen nach Kirchenrecht fast nie in die Praxis umgesetzt. So blieben die Übergriffe für die Täter in der Regel ohne Folgen – geschützt würden die Täter und die Verantwortungsträger, nicht die Betroffenen. Die Ergebnisse haben aber auch dazu geführt, dass die hiesigen religiösen Organisationen die Aufarbeitung nun richtig machen wollen – weshalb das Forschungsteam für weitere drei Jahre für eine Nachfolgestudie verpflichtet wurde.

Darin geht es um die Aktenauswertung weiterer Archive, um die katholischen Spezifika dieses Systems in Bezug auf die Missbräuche – also wie

steht es um das Verhältnis der Kirche zu diesen Machtstrukturen, zum Umgang mit Sexualität oder dem Zölibat, aber auch der ambivalenten Stellung zur Homosexualität, was haben zementierte Geschlechterrollen im Klerus damit zu tun und so weiter – und auch um die internationale Dimension des Missbrauchs. Auch die Frage nach einer Mitschuld bei staatlichen Institutionen drängt sich auf, wenn pädagogische Kompetenzen an die Kirche abdelegiert werden. Und auch die fehlende Gewaltentrennung wird sicherlich zum Thema – was man bei der hiesigen katholischen Gemeinschaft bereits eingesehen, oder zumindest als Kritik angenommen hat. Veränderung in der Kirche geschieht nur mit Druck von aussen, so Studienleiterin Marietta Meier in einem Interview mit <kath.ch>.

Von innen geschieht sie durch Kooperation, was die hiesige katholische Gemeinschaft umgehend garantieren will. Die Aufarbeitung bedingt den Zugang zu weiteren Archiven, zum Beispiel bei der Apostolischen Nuntiat in Bern oder im Vatikan. Alle katholischen Organisationen wurden mit dem Einhalten einer Selbstverpflichtung beauftragt, die den Forscher:innen Zugang zu Archiven vereinfachen und Aktenvernichtungen verhindern respektive sistieren soll. Weiter soll das Personalwesen professionalisiert, der Einstellungsprozess besser kontrolliert und ein erweitertes Angebot an Anlaufstellen für Betroffene eingerichtet werden. Bischof Joseph Bonnemain resümierte: «Nur eine gewaltfreie Kirche hat eine Daseinsberechtigung.» Und ein Kulturwandel sei nötig und bereits im Gange. Der Wille zum Handeln wirft die Frage auf, ob die Kirche verstanden hat, wo ihr Gewaltproblem liegt. Gerade in Bezug auf Gewaltentrennung – es macht etwas stutzig, dass die Kirche handeln will, aber die Instrumente dazu im Kontext der kirchlichen Sphäre stehen. Ein Inbegriff von Konsequenz war der Katholizismus schliesslich noch nie. Auch bei den Betroffenenverbänden erkennt man: Die Kirche gebe vor, Licht ins Dunkel zu werfen, verweigere aber gleichzeitig den Zugang zu Archiven.

Beim dreijährigen Nachfolgeprojekt ab Januar 2024 geht es derweil mehr darum, den Quellenkorpus zu erweitern, nicht nur über den Archivzugang, sondern nach wie vor auch über Interviews mit Betroffenen oder Zeitzeugen. Bei Kenntnis über Missbräuche im Umfeld der katholischen Kirche können sich Zeitzeug:innen via forschungsmisbrauch@hist.uzh.ch melden.

Olivenöl aus Palästina, für Palästina

Die «Kampagne Olivenöl aus Palästina» unterstützt Kleinbauern in der besetzten Westbank beim täglichen, stetig schwieriger werdenden Kampf ums Überleben unter israelischer Besetzung.

Tim Haag

«Dieses nicht verdunkelte Haus ist wie vielleicht kein anderes in der Schweiz dem Kampfe gegen den Krieg gewidmet», schrieb Leonhard Ragaz im Jahr 1937. Gemeint war das efeubehangene Gebäude an der Gartenhofstrasse 7, das der Pfarrer und Theologieprofessor während einer Verdunkelungsübung in Zürich hell erleuchtet liess, um gegen den Fatalismus und die Verharmlosung des Kriegs zu protestieren. Vom «Gartenhof» setzte sich Ragaz bis zu seinem Tod 1945 gegen Militarismus, für die Arbeiter:innen und für den Frieden ein. Auch 86 Jahre später bleibt der Gartenhof dem Kampf gegen Krieg verpflichtet: Heute sind hier die Räumlichkeiten des Schweizerischen Friedensrates, eine Beratungsstelle für Dienstverweigerer und die Kampagne «Olivenöl aus Palästina» untergebracht.

Der Verein, 2001 nach der zweiten Intifada gegründet, importiert – wie der Name nahelegt – Olivenöl aus Palästina. «Fairtrade und Bio-Qualität», betont Co-Geschäftsleiter Rolf Zopfi. Lieferant ist das Palestinian Agricultural Relief Committee (Parc), ein Zusammenschluss von rund zwanzig Bauerngenossenschaften aus der Westbank, der das

Olivenöl den Bauernkooperativen und –familien im Frühling zu einem fairen Preis abkauft und es dann per Mittelmeer und Rheinschiff in die Schweiz bringt. Dort angekommen wird es in einer geschützten Werkstatt in Flaschen abgefüllt und in Freiwilligenarbeit an Marktständen, in Läden oder Kirchgemeinden verkauft. Rund 7000 Flaschen Olivenöl wurden im vergangenen Jahr so an den Mann und die Frau gebracht.

Solaranlagen und Kindergärten

Der Reinerlös der Verkaufsauctionen fliesst zurück nach Palästina, zu den Kleinbauern in der Westbank und zum Rest der Bevölkerung. «Wir unterstützen zum Beispiel ein Projekt für die Ausbildung von Gemeindskrankenschwestern», erzählt Zopfi. Das verbessere nicht nur die Gesundheitsversorgung, sondern auch die Situation der Frauen, die durch diese Ausbildung an Unabhängigkeit gewinnen. Auch für den Bau von Solaranlagen in Süd-Hebron und Kindergärten in palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon sammelt die Kampagne Geld, oder um vor dem Ramadan Lebensmittel an besonders arme



Olivenernte in der Westbank. (Bild: PalCH)

Familien im Gaza-Streifen zu verteilen. «Ziel der Projekte ist letztlich, den Palästinenser:innen zu ermöglichen, dass sie in ihrer Heimat weiterleben können. Damit sind es auch Projekte, die gegen die langfristige Strategie Israels laufen, das Land zu besetzen und die Bewohner:innen zu vertreiben.»

Schikanen und Einschüchterungsversuche

Bei seinem letzten Besuch in Palästina (P.S. war dabei, siehe Ausgabe vom 30. Juni 2023) habe er diese Strategie stärker gespürt als in den Jahren vor der Ende 2022 vereidigten Koalitionsregierung, erzählt Zopfi. «Für die Bevölkerung der Westbank wird die Situation stetig schwieriger. Schon früher hat die israelische Besetzung das Leben der Palästinenser:innen in allen Belangen mitbestimmt, nun ist aber auch die Sicherheitslage schlechter geworden und die Gewaltbereitschaft von Siedler:innen und Militär gestiegen.» Neben diesen «Schikanen» und Einschüchterungsversuchen komme für die Bauern erschwerend dazu, dass Israel einen grossen Teil

des Grundwassers buchstäblich abgrabe und damit die Bewässerung der Olivenkulturen behindere.

«Ziel der Projekte ist letztlich, den Palästinenser:innen zu ermöglichen, dass sie in ihrer Heimat weiterleben können.»

**Rolf Zopfi, Co-Geschäftsleiter
«Olivenöl aus Palästina»**

Der Olivenzweig ist nicht nur symbolisch für die palästinensische Identität, sondern auch ein religionsübergreifendes Symbol des Friedens, der Hoffnung und der Versöhnung. Die «Kampagne Olivenöl aus Palästina» will dazu beitragen, dass dieser Zweig nicht verdorrt, sondern ein Zeichen der Hoffnung für die Bewohner:innen des Westjordanlands bleibt.



Co-Geschäftsleiter Rolf Zopfi im Büro an der Gartenhofstrasse. (Bild: Tim Haag)

Die Sonne bringt's

Auch in der diese Woche angelaufenen Herbstsession beugen sich die Parlamentarier:innen wieder über das Gesetz für eine «sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien», besser bekannt als «Mantelerlass». Dem Kanton Zürich attestiert eine neue Studie ein grosses Potenzial für Solarstrom, und zwar auch im Winter.

Nicole Soland

Am Montag ging im Nationalrat die erste Differenzbereinigungsrunde zum Gesetz für eine «sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien», dem sogenannten Mantelerlass (P.S. berichtete) über die Bühne. Die Debatte drehte sich unter anderem um Restwassermengen und um die Frage, ob die Solarpflicht für Neu- und erhebliche Umbauten generell gelten soll oder, wie es der Ständerat möchte, nur für Gebäude mit mehr als 300 m² Grundfläche. Auch über eine Solarpflicht für Parkplätze wurde gestritten.

Einen speziellen Dreh bekam die Debatte wegen zweier aktueller Ereignisse, die verschiedene Redner:innen in ihre Beiträge einbauten: zum einen die Abstimmung vom Sonntag im Wallis, die den «Solarexpress» abbremste, zum anderen die Einschätzung der Internationalen Energieagentur IEA, die sich dahingehend äusserte, dass es in der Schweiz bezüglich Energieeffizienz noch viel Luft nach oben gebe. Zur späteren Erinnerung: Im Kanton Wallis lehnten die Abstimmenden einzig das beschleunigte Bewilligungsverfahren für alpine Solaranlagen ab, sie sprachen sich also nicht generell gegen alpine Solaranlagen aus.

Stefan Müller-Altermatt (Die Mitte/SO) befand, man könne «nicht nur dem Walliser Volk, sondern dem ganzen Schweizer Volk nicht erklären, warum man die Alpen verbauen soll, solange nicht die Energieeffizienz voll ausgeschöpft wird, und erst recht nicht, wenn uns die IEA auch noch darauf hinweist». Bastien Girod (Grüne/ZH) führte aus, es sei nun mal so, dass die Schweiz «bezüglich Solarstrom, Windstrom, Energieeffizienz und

«Die Stromeffizienz zu fördern ist gleichzeitig die umweltfreundlichste Art, die Stromversorgung sicherzustellen.»

Bastien Girod (Grüne/ZH)

Stromeffizienz ins Hintertreffen geraten ist und andere Länder, umliegende Länder deutlich mehr machen. Wir müssen also vorwärts machen.» Und weiter: «Eine naturnahe Energiewende setzt stark darauf, die Stromeffizienz zu fördern – das ist die günstigste Form, um Energie zu sparen und unsere Energiesicherheit zu verbessern. Das ist auch die umweltfreundlichste Art, die Stromversorgung

sicherzustellen. Sie setzt auf Solarstrom insbesondere auf bestehenden Gebäuden, auf Parkplätzen, auf Flachdächern. Dort haben wir die Natur sozusagen schon verbaut, dort können wir die Sonne nutzen, dort können wir gratis den Sonnenstrom nutzen. Deshalb muss das Ziel sein, dass möglichst auf jedem Dach eine solche Anlage steht.»

Christian Wasserfallen (FDP/BE) zeigte sich unbeeindruckt: Die Grünen wollten keine alpinen Grossanlagen im Bereich Photovoltaik, keine Vergrösserung des Grimselsees, keine «CO₂-freien Kernkraftwerke» etc. Er fragte sich, wie genau die Grünen Strom produzieren wollten, «damit wir nicht im Dunkeln sitzen». Bastien Girod erinnerte ihn daran, dass das Potenzial der Stromeffizienz bei über 20 Terawattstunden liege: «Wenn man dann noch das Potenzial für Solarstrom auf bestehenden Flächen dazunimmt, kommt man nur schon auf den Gebäuden ohne Infrastruktur auf 50 Terawattstunden. Natürlich kann man das nicht über Nacht zubauen, aber hier gibt es ein Riesenzugpotenzial, und da müssen wir mehr machen.»

So ging es munter hin und her, beschlossen wurde schliesslich folgendes, wie der SDA-Meldung vom Montagabend zu entnehmen ist: Der Nationalrat sprach sich für eine Solarpflicht für Dächer und Fassaden von neuen Gebäuden mit mehr als 300 Quadratmetern anrechenbarer Fläche aus und entschied damit gleich wie der Ständerat. Anders als der Ständerat stimmte der Nationalrat einer Solarpflicht für Parkplätze im Freien ab einer gewissen Grösse zu. Ebenfalls uneins sind sich die beiden Kammern nach wie vor bei den Restwassermengen. Der Nationalrat will die Restwassermenge bei Wasserkraftwerken nur dann reduzieren, wenn eine Strommangellage droht, der Ständerat wollte das Restwasser bereits dann befristet reduzieren können, wenn es «nur» darum geht, die Produktions- und Importziele zu erreichen. Zudem wollten beide Räte neue Wasserkraftanlagen nicht von vornherein ausschliessen, schreibt die SDA, «wenn die entstehende Restwasserstrecke durch ein Schutzgebiet von nationaler Bedeutung verlaufen würde». Weil somit noch nicht alle Differenzen bereinigt sind, geht die Vorlage nun wieder an den Ständerat.

Grosses Potenzial im Kanton Zürich

Ebenfalls am Montag veröffentlichte die Baudirektion des Kantons Zürich eine Studie, die sie bei der Zürcher Hochschule für angewandte Wis-

senschaften ZHAW in Auftrag gegeben hatte. Sie trägt den Titel «Photovoltaik-Potenzial auf Infrastrukturbauteilen und bei weiteren sehr grossen Anlagen im Kanton Zürich». Gemäss Medienmitteilung kommt die Studie zum Schluss, dass sich «mit Photovoltaik (PV) auf Dächern, an Fassaden, über Parkplätzen, Abwasserreinigungsanlagen und landwirtschaftlichen Flächen sowie entlang von Strassen im Kanton Zürich insgesamt über 9000 Gigawattstunden (GWh) Strom pro Jahr erzeugen lassen».

Das ist ziemlich viel: Der Kanton Wallis produziert heute mit Wasserkraft rund 10 300 GWh pro Jahr, der Kanton Graubünden rund 8000 GWh. «Würden auf allen geeigneten Dächern im Kanton PV-Anlagen installiert, könnten damit jährlich fast 6000 GWh Strom produziert werden», schreibt die Baudirektion weiter. An Fassaden liessen sich nochmals rund 2200 GWh produzieren, während das Potenzial auf landwirtschaftlichen Nutzflächen «deutlich geringer» sei. Auch Solaranlagen über Parkplätzen und Abwasserreinigungsanlagen schenken weniger ein – mit den dort erzielbaren rund 230 GWh pro Jahr liessen sich aber immer noch rund 50 000 Haushalte ein Jahr lang versorgen. Nicht zuletzt könnten die Anlagen gemäss Studie auch im Winter einen «substanziellen Beitrag» leisten, nämlich rund einen Drittel des Stroms, den der Kanton heute zwischen Dezember und Februar verbraucht.

«Wir haben in der Schweiz 2022 beim Zubau von PV-Anlagen auf Dächern einen neuen Rekord erreicht», erklärt Baudirektor Martin Neukom auf Anfrage. «Dies ist erfreulich – doch um das Netto-Null-Ziel bis 2040 beziehungsweise spätestens 2050 zu erreichen, müssen wir diesen Rekord nochmals verdoppeln.»

Die aktuelle Statistik zeige, dass der Kanton Zürich sowohl bei der Solarstrommenge pro Kopf als auch pro Fläche anderen Kantonen hinterherhinkte. Der nötige Zubau sei nicht zuletzt deshalb schwierig, weil «viele Menschen den Anspruch haben, dass die Stromproduktion unsichtbar erfolgt». Mit Verweis auf den Entscheid im Wallis fügt Martin Neukom an, PV-Anlagen auf Dächern seien immerhin einfacher zu realisieren als solche in der freien Natur, denn sie stiessen auf weniger Widerstand: «Doch der Vorteil der alpinen Solaranlagen liegt darin, dass sie viel Strom im Winter produzieren. Und die Stromversorgung im Winter ist die grosse Herausforderung der Schweizer Energiepolitik.»

Friedenspolitik braucht mehr internationale Zusammenarbeit

Schweizer Aussenpolitik ist immer auch Friedenspolitik. Dieser Grundsatz bedarf einer Revitalisierung – auch und gerade angesichts des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Plädoyer für eine aktive Neutralitätspolitik.

Jean-Daniel Strub und Fabian Molina*

Am Tag, als 1989 die Mauer fiel, beschied das Schweizer Aussendepartement den Medien, man könne das Ereignis nicht kommentieren. Es sei unmöglich, sich zu allem zu äussern, was sich gerade auf der Welt abspiele. Vielen gilt die Episode als Sinnbild dafür, wie sehr die Schweiz stets darum bemüht war, sich herauszuhalten, wo immer es ging – gern mit Verweis auf die Neutralität. Die Sorge scheint nicht unbegründet, dass sich die Muster wiederholen. Dies auch deshalb, weil Aussenminister Cassis kürzlich verkündet hat, dass er Zeitungslesen als Zeitverschwendung empfinde, und man so nur hoffen kann, dass er anderweitig genügend auf dem Stand der weltweiten Ereignisse gehalten wird.

Neutralität aktiv verstehen

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine führt uns vor Augen, dass die Friedensordnung auch in Europa nicht in Stein gemeisselt ist, sondern als eine der grössten zivilisatorischen Errungenschaften der Nachkriegszeit immer wieder neu institutionell gesichert werden muss. Was bedeutet es für die Schweiz in diesem Kontext, Aussenpolitik nicht allein als Interessenpolitik, sondern im Gegenteil aktiv als Friedenspolitik zu betreiben? Im Fokus steht hierbei die Frage, was zeitgemäss unter Neutralität zu verstehen ist und wie sich diese mit einem internationalen Engagement unseres Landes vereinen lässt.

Isolationismus und eine Aufrüstung sind kein Beitrag zur europäischen Sicherheit.

Isolationismus und eine Aufrüstung, wie sie heute von der Armee verlangt wird, können aus linker Sicht nicht die Antwort sein. Sie sind kein Beitrag zur europäischen Sicherheit. Zugleich würden sie die friedenspolitische Rolle der Schweiz in der Welt schwächen und so gerade auch der Neutralität einen Bärendienst leisten. Denn: Wenig wurde in den letzten zwei Jahren so deutlich wie der Umstand, dass es die Option, keine Position zu beziehen, nicht gibt. Der Schweiz weht denn auch bis heute in manchen Kreisen steifer Wind ent-

gegen, weil fehlendes Engagement zugunsten der Ukraine eben nicht als nobles Sich-Heraushalten, sondern als Parteinahme für den Aggressor angesehen wird.

Neutralitäts- und friedenspolitisch zielführend kann vor diesem Hintergrund nur eine modern verstandene aktive Neutralität sein. Sie verlangt, so hält es die SP Schweiz in ihrem Positionspapier vom letzten September fest, dass unser Land aktiv mitbaut an der europäischen geteilten Souveränität und sich mit aller Kraft für die regelbasierte Weltordnung und den Multilateralismus mit seinen Institutionen einsetzt. Denn nur das kann jene Friedensordnung – die multilaterale (Welt-)Rechtsordnung – sichern, innerhalb deren eine neutrale, vermittelnde Rolle der Schweiz überhaupt ihre Wirkung entfalten kann.

Blockfreiheit und internationale Solidarität

Deshalb ist den allzu oft hörbaren Forderungen nach einer weiteren Annäherung der Schweiz an die Nato deutlich zu widersprechen. Blockfreiheit ist eine der kaum diskutierbaren Konsequenzen des Neutralitätsrechts, und Blockfreiheit gibt der Schweiz auch Möglichkeiten, sich verstärkt friedenspolitisch zu engagieren, nicht zuletzt aufgrund einer möglicherweise höheren Glaubwürdigkeit, die sie bei Nato-kritischen Staaten geniessen kann.

Blockfreiheit aber, verstanden als Bündnisfreiheit, ist eine Aussage über die militärische Neutralität der Schweiz, gewiss nicht darüber, dass sie sich nicht als Teil der internationalen Wertegemeinschaft verstehen und sich mit Nachdruck zur Einhaltung der völkerrechtlichen Grundsätze bekennen soll. Auch aus diesem Grund verlangt eine aktive Neutralität, klar gegen Völkerrechtsverletzungen Stellung zu beziehen, Sanktionen mitzutragen, wo Völkerrecht gebrochen und dieser Bruch von der UNO auch anerkannt wird, und umso entschiedener für humanitäre Hilfe, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und internationale Solidarität einzustehen.

Gerade hier aber macht die Schweiz derzeit eine schlechte Falle. Dass sie noch immer zu wenig unternimmt, um den Rohstoffhandel mit Russland und die Verfügbarkeit russischer Vermögen in der Schweiz zu unterbinden, ist leider hinlänglich bekannt. Die diesbezüglichen Forderungen der Linken sind unmissverständlich und

sie behalten ihre Dringlichkeit. Immer wieder ist aber auch darauf hinzuweisen, dass die Schweiz im internationalen Vergleich bestenfalls im Mittelfeld liegt, was ihre Unterstützung für die Ukraine angeht. Andere Staaten tun wesentlich mehr – dabei würde die aktive Neutralität verlangen, dass die Schweiz sich stärker engagiert, nicht nur für die aktuelle Unterstützung und den Wiederaufbau in der Ukraine, sondern weltweit gegen Hunger, Armut und Elend.

Ukraine-Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit

Tatsache aber ist, dass die Schweiz den gegenteiligen Weg zu gehen droht: Statt die wirtschaftliche internationale Hilfe auszubauen, schlägt das Aussendepartement vor, die Ukraine-Hilfe mit der Entwicklungszusammenarbeit zu verrechnen und so den Betrag, der für letztere zur Verfügung steht, massiv zu beschränken. 13 Prozent der eingestellten Mittel sollen nämlich künftig für Wiederaufbau und humanitäre Hilfe in der Ukraine reserviert werden.

Zu Recht schlagen Kreise rund um eine Gruppe ehemaliger EDA-Mitarbeiter:innen daher vor, ein eigenes Ukrainehilfegesetz zu erlassen, das – nach dem Vorbild des damaligen Osthilfegesetzes – eine Rechtsgrundlage schaffen würde für die langfristige gesonderte Unterstützung der Ukraine (humanitäre Hilfe, Wiederaufbau, Minenräumung etc.), ohne dass diese Hilfe zulasten der internationalen Zusammenarbeit geht. Wenn es auf diesem Weg gelingt davon abzukommen, das eine gegen das andere auszuspüren, verdient der Ansatz gewiss volle Unterstützung. Das jetzt geplante Vorgehen schwächt nämlich nicht zuletzt die Schweizer Neutralität, die nur dann glaubwürdig aufrechterhalten kann, wenn sie die internationale Zusammenarbeit, die oft auch Instrumente der zivilen Friedensförderung beinhaltet, ausbaut – und nicht etwa untergräbt.

Bleibt zu hoffen, dass sich Aussenminister Cassis doch noch dazu aufrafft, wieder ab und zu einen Blick in die Zeitung werfen. Dann nämlich bekäme er mit, dass das Verhalten unseres Landes von unseren Partner:innen im Ausland nicht etwa gleichgültig quittiert, sondern durchaus mit Unverständnis zur Kenntnis genommen wird.

* Fabian Molina ist Nationalrat der SP; Jean-Daniel Strub ist Nationalratskandidat der SP

Chinesisch in Ostserbien und Konfuzius statt Mao

Samstag, 16. September

8.30 SWR: «**Wie sollte guter Informatik-Unterricht aussehen?**» Katja Hanke fragt, was Schüler lernen sollten.

10.00 DLF: «**Klassik, Pop et cetera.**» Heute mit Saba-Nur Cheema und Meron Mendel. Sie ist Muslima, er ist Jude. Doch das schreibende Ehepaar steht laut Programmvorschau nicht nur symbolisch für eine plurale Gesellschaft, beide treten auch in öffentlichen Debatten für ein vielfältiges Gemeinwesen ein.

11.00 DLF: «**Bergbau auf Chinesisch.**» Die Kupferminen in der ostserbischen Stadt Bor. Dirk Auer in der Reportage-Reihe Geschichte Europas. Einst gehörten diese Anlagen zu den grössten in Europa. Doch mit dem Zerfall Jugoslawiens in den 1990er-Jahren begann der Niedergang. Es wurden wichtige Investitionen verpasst und Schulden angehäuft, 2018 wurde das ehemals stolze Staatsunternehmen von der chinesischen Zijin Mining Group übernommen. Die serbischen Arbeitsplätze wurden gerettet, die Gehälter sind höher als im Rest des Landes. Und doch sind nicht alle zufrieden... Gleichzeitig wiederholt SRF 2 die «Musik für einen Gast» mit Thomas Baer, Hotelier, früherer Radiomann und Verlagsbuchhändler.

16.00 SRF 2: «**CH-Musik.**» Piazzolla mit Viola und Gitarre, Chopin auf dem Akkordeon.

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Senthuran Varatharajah, Philosoph, Theologe und bekannt durch einen Roman über Brüche in migrantischen Biografien.

19.00 SWR: «**Auserwählt.**» ARD-Tatort-Krimi von Dirk Laucke. Ausgerechnet in Sachsen-Anhalt, wo einst die christliche Reformation ihren Ausgang genommen hatte, poltert ein moderner Hassprediger gegen Kirche, Staat und Establishment...

20.00 DLF: «**Der Ausflug der toten Mädchen.**» Hörspiel nach der Erzählung von Anna Seghers. 1943 im Exil verfasst und stark autobiographisch geprägt. Bearbeitung: Anna Panknin. Komposition: Peter Ewald. «Dem heiteren Ausflugsgeschehen wird in einer kunstvoll verwobenen Gleichzeitigkeit von Bewusstseinssebenen, von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft das Unheil der folgenden Jahrzehnte gegenübergestellt.» Gleichzeitig bei SRF



2 Kultur die Reprise einer Produktion von 2004: «Delete» von Christine Rinderknecht. Angekündigt als spannungsgeladener Hörspiel-Monolog und «Psychogramm einer ohne Moral, Gewissen und Ideale vor sich hin lebenden Durchschnittsfrau des Medien- und Internetzeitalters».

23.00 SWR: «**Folk.**» Hörspiel von John Burnside. Aus dem Englischen von Iain Galbraith. Gitarre und Komposition: Ni-

colas Haumann. Es ist die Premiere dieser Produktion von Björn SC Deigner. Northwold an der englischen Ostküste. Ort der Kindheit und späterer Zuflucht des Folk-Musikers John. Hier überwand er seinen Alkoholismus – dank Covid, da alle Konzerte ausfielen – und er versuchte, die «wahre» Musik zu finden. Jetzt ist er tot. Gleichzeitig beginnt beim DLF die Reprise einer vor zwei Jahren von Tina Hammesfahr und Uta Reitz-Rosenfeld gestalteten Langen Nacht über Lebensentwürfe ohne Kind: «Manchmal packt mich das Bedauern.» In den 1960er-Jahren geborene Frauen gehörten mit zu den ersten in der Geschichte, die selbstbestimmt entscheiden konnten, ob sie Kinder haben wollten und wie viele. Ein knappes Viertel der westdeutschen Frauen entschied sich für ein Leben ohne eigene Kinder, unter Akademikerinnen wählte ein knappes Drittel diesen Lebensentwurf.

Sonntag, 17. September

8.30 SWR: «**Soziale Schieflage.**» Frauen in der Arbeitswelt. Ralf Caspary im Science Talk mit Andreas Haupt, Sozialwissenschaftler am Karlsruher Institut für Technologie. Sorry, einen Frauennamen habe ich in der Ankündigung nicht entdeckt. Parallel bei SRF 2 in den Perspektiven: «Desaster-Management für jüdische Kleingemeinden der Schweiz.» Judith Wipfler hatte es auch hier vorab mit Männern zu tun. Liestal, Uster, Davos... Viele der lokalen Glaubensgemeinschaften sind eingegangen. Aber in St. Gallen und Winterthur wird noch für die Erhaltung gekämpft.

9.30 DLF: «**Das Ende vor Augen.**» Essay von Florian Felix Weyh. Alle müssen sterben. Niemand weiss, wie das geht. Können und sollen wir uns auf den Tod vorbereiten? Und wenn ja, wie?

11.00 SRF 2: «**Zwei mit Buch.**» Es geht um Hilary Mantel, deren Kindheit und «Sprechen lernen.»

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Kamilla Schatz, Leiterin der Pestalozzi Schulkamps.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Anna Trökes, Yoga-Lehrerin.

14.00 SWR: «**Das grosse Nichts und das kleine Alles.**» Beate Berger porträtiert Jens Risch. Knoten macht er, nichts als Knoten. Sie sind die Taktgeber seines Lebens, jeden Tag. Bis seine Knotenkunstwerke fertig sind, dauert es Jahre, und wenn sie in Museen landen, in Sammlungen und Galerien, sind sie vor allem eines: verdichtete Zeit.

15.00 SRF 2: «**Im Schatten von Konfuzius.**» Eine Passage von Sven Ahnert. China ist zwar omnipräsent als neue Weltmacht und geopolitischer Akteur, sein Einfluss nimmt zu. Doch wie denkt China, was wissen wir darüber? Nach dem Tod des charismatischen Lenkers Mao rückte das altchinesische Erbe in den Vordergrund. Auch der in der Kulturrevolution verschmähte Denker Konfuzius gewinnt an Ansehen, dient gar als Vorbild für Parteikader. Steht

das über Jahrtausende entwickelte, Mass und Mitte suchende Denken nicht im Widerspruch zu den politischen Interessen?

18.20 SWR: «**Park**» von Marius Goldhorn. Werther-Geschichte eines Digital Native.

20.00 DLF: «**Loved and lost.**» Tod und Trauer in der Popmusik bei Nick Cave und anderen. Feature von Manuel Gogos.

23.00 SWR: «**Treu, treuer, am treuesten.**» Radioessay von Lena Reissner. Immer wieder stolpert die Autorin über die Treue. Manchmal fällt sie, bricht dabei ein Herz, manchmal ist es ihr eigenes. Der Begriff kommt ihr vor wie ein Konzept, aber welches genau, das ist doch Auslegungssache, oder? Was ist Treue abseits von sexueller Exklusivität? Womit beginnt sie eigentlich und wo kommt sie her? War sie schon immer da? Und wie lange bleibt sie? Bis dass der Tod uns scheidet?

Montag, 18. September

8.30 SWR: «**Mehr als Pest und Hexenjagd.**» Andrea Lueg über die neue Sicht aufs Mittelalter. Danach startet eine Musikstunden-Serie zur Nacht als «Traumtheater und Klanglabor.» Zweitausstrahlung jeweils in der Vormitternachtsstunde.

14.00 SRF 1: «**Elsi, die seltsame Magd**» von Jeremias Gotthelf. Hörspielbearbeitung: Markus Michel. «Wir brauchen hier keine Geschichten. Auch keine Auswärtigen, und Bedürftige sowieso nicht.»

15.30 SWR: «**Nie geküsst**» von Marina Zwetajewa und «Geburt» von Anaïs Nin. Lesung aus der Anthologie «Prosaische Passionen.» Die weibliche Moderne in 101 Short Stories. Morgen und an den folgenden Tagen noch mehr daraus: Djuna Barnes, Selma Lagerlöf, Han Suyin...

Dienstag, 19. September

8.30 SWR: «**Mit künstlicher Intelligenz gegen den Fachkräftemangel?**» Alexander Winkler fragte nach.

15.00 SWR: «**Wo Kreml-Treue auf Putin-Gegner treffen.**» Christoph Kersting über Serbien im Zwiespalt.

19.15 DLF: «**Sterben nach Plan.**» Protokoll einer letzten Reise. Feature von Stefanie Müller-Frank. Einst in Grossbritannien als «Going to Switzerland» bezeichnet...

20.00 DLF: «**Vor dem Verschwinden.**» Zu keiner Stunde. Hörstücke von Ilse Aichinger. «Hier, in dem milden Licht, nicht weit von den Pflanzhäusern, wohnte die Alte, die Anfang und Ende voraussah. Die Störche flogen schon weg, und der Wetterhahn bog sich. Es war kurz vor dem Winter.»

21.00 SWR: «**Träume, Lautsprecher, Landschaften.**» Hubert Steins über Janet Cardiff, George Bures Miller und ihre Multimediakunst.

22.00 DLF: «**Oluzayo.**» Was vor uns liegt. Eindrücke vom Kölner Festival für Aktuelle Musik in Afrika.

Mittwoch, 20. September

8.30 SWR: «**Wie viel Energie brauchen wir wirklich?**» Max Rauner über die Kalorien-Lüge.

15.00 SWR: «**Bis dass der Tod euch scheidet.**» Martina Keller über Paare und letzte Ruhe.

19.15 DLF: «**Zur Diskussion.**» Deutsch-russische Beziehungen: Für immer auf Eis? Daran beteiligt: Martin Kummer, Deutsch-Russische Freundschaftsgesellschaft Thüringen, Bodo Ramelow, Ministerpräsident in Thüringen, Silke Satjukow, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

20.00 SRF 1: «**Ohrfeigen.**» Live-Radioshow aus dem Kleintheater Luzern. Und bei SRF 2 Kultur die «Musik unserer Zeit.» Festival Rümlingen zu Gast im Tessin.

21.00 DLF: «**Zwischen Kunst und Kuh.**» Der niederbayerische Kabarettist Martin Frank.

Donnerstag, 21. September

8.30 SWR: «**Krieg, Corona, Klimakrise.**» Wie bleiben junge Menschen resilient? Johanne Burkhardt geht von der Trendstudie «Jugend in Deutschland» aus, die eine Generation im «Dauerkrisenmodus» zeigt. Auffällig dabei: Trotz allem zeigen sich viele junge Menschen zuversichtlich.

15.00 SWR: «**Wer bin ich?**» Hans Rubinich über seine Suche nach dem Vater.

Freitag, 22. September

8.30 SWR: «**Propagandaschlacht.**» Jennifer Stange über die Inszenierungen des Ukraine-Krieges. Von beiden Seiten werden bestimmte Symbole aktiv auch in die sogenannten sozialen Medien gebracht. Sie sollen Gewalt und Leid akzeptabel machen.

15.00 SWR: «**Perle.**» Der Weg zurück zur körperlichen Unversehrtheit. Feature von Yasmina Hamlawi. «Fos hat lange geglaubt, die Geschlechtsorgane aller Frauen seien gleich: verstümmelt und zugenäht. Denn in Somalia, wo sie geboren wurde, war das so.»



20.00 DLF: «**Free as a bird.**» Warum wollte Nathan sterben? Feature von Ingo Haeb und Roel Nolle. «Früher hiess Nathan Nancy. Doch ein Mädchen wollte er nie sein.» Bei SRF 1: «Tannenkirren» von Eva Strasser. Heute: Besuch um Mitternacht. Und bei SRF 2: «Jeunes Talents Suisses» am Alpentöne Festival.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. **SWR/Südwestrundfunk 2** – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!

Umstände

Vor der Person beweisen alle ihre Ehrfurcht und handeln trotz allem gegenteilig.

Professor Astolfo (Gianni Di Gregorio) wird nach Jahrzehnten wegen zu erwartenden Enkeln der Hauseignerin kurzerhand auf die Strasse gestellt. Gelassen weicht er auf sein Erbe aus. Ein lange vergessener, halber Palazzo in einer pittoresken Kleinstadt und einige Ländereien gehören ihm ja noch und ein Pensionär muss ja nicht zwingend am Puls des Lebens leben, redet er sich ein. Dort angekommen, sieht er seinen Besitz gleichermaßen in Bedrängnis geraten wie sich selbst: Die Kirche hat ihre Räumlichkeiten auf seinen Salon ausgedehnt, die Politik für sich und ihre nächsten Verwandten die Ländereien als Standort für ihre Villen auserkoren. Was nützt schon eine Besitzurkunde aus dem Mittelalter, wenn alle Macht gegen einen zusammenspannt.

Gianni Di Gregorio hat bereits in seinem Regiedebut «Pranzo di Ferragosto» bewiesen, wie stoisch der sogenannte kleine Mann dem eigenen Leben begegnen kann. Gerade wenn die Umstände den Anschein erwecken, es gäbe nichts zu lachen. Was in sich natürlich Komik birgt, die Di Gregorio zu wecken versteht, ohne seine Filmfiguren vorzuführen. Der halbe Palazzo von As-



tolfo wird zusehends zum Sammelbecken für die Nicht(mehr)genehmen, allesamt Herren mittleren bis gehobeneren Alters, denen das bisschen Mangel an Komfort – kein Strom, es regnet rein, der Herd explodiert – nichts anhaben kann. Sein Jugendfreund Carlo (Alfonso Santagata) wirkt in seinem aufsässig juvenilen Charme und Angebertum wie Astolfo gegenüberliegend ebenfalls aus der Zeit gefallen, aber schafft es immerhin, den stillen Grübler mit einer hohen Akzeptanzschwelle für Erträgliches dazu zu überreden, sich mit einer Frau zu verabreden. Weil sein Schwarm darauf besteht, ihre Freundin zum Date mitzubringen. Die Annäherung zwischen Astolfo und Stefania (Stefania Sandrinelli) zaghaft zu nennen, wäre untertrieben. Dafür kommt mit deren Kindern eine dritte Ebene der Missgünstigen ins Spiel. Altersglück wird nicht verschenkt. *froh.*

«Astolfo» spielt im Kino Movie.

Monokultur

Sophie Jarvis fragt, inwiefern persönliche Interessenabwägungen von Belang sind.

Das Land ist grün, wo es bewirtschaftet wird. Zurückliegende Probleme wie Übersterblichkeit wegen Pestiziden, Existenzverluste wegen eines Schädling, Grundwassersorgen wegen Überbewässerung und vieles andere in «Until Branches Bend» bloss am Rand Angedeutetes, will in der kleinen Community niemand mehr aufgewärmt wissen. Es existiert eine fragile Balance der Interessen zwischen Indigenen und Weissen, zwischen Züchtern und Arbeitern, zwischen Politik und der Verwertungsgenossenschaft. Alles basiert auf dem Pfirsich. Robin (Grace Glowicki) ist die ernste, schlacksige grosse Schwester von Laney (Alexandra Roberts), die Flausen von Abenteuer geographischer und amouröser Art im Sinn hat. Sie leben offensichtlich elternlos. Robin steht zwei existenziellen Feinden gegenüber: Dem unerwünschten Embryo in ihrem Uterus, den sie in diesem Bundesstaat nicht abtreiben lassen kann, und einem von ihr entdeckten, neuartigen Parasiten, der die erste potenziell gute Ernte nach Jahrzehnten zu gefährden droht, was niemand zur Kenntnis nehmen will. Die Parallelität von innen und aussen ist symbolhaltig, nur die Musikspur ist noch ein



Tick melodramatischer. Aber die Bildfindung, die Stimmungsherstellung wie auch die Entwicklung der Gruppendynamik, sobald das Gerücht die Runde gemacht hat, Laney trüge die Schuld an der schnellen, höchstinstanzlichen Schliessung der Fertigung, ist beängstigend realitätsnah gezeichnet. Zahlreiche Anklagen im nicht sonderlich verklausulierten Subtext, was die US-amerikanische Bevölkerung konkret, im übertragenen Sinne aber natürlich alle dieser Spezies auf Erden mitmeinend, mit einer tendenziell dogmatischen Einseitigkeit – Wirtschaft, Religion, Machtpolitik – an Schäden in Kauf zu nehmen bereit zu sein scheint, richten sich via eine bildpoetische Verpackung auf schnellstem Weg direkt an das Gewissen eines potenziellen Publikums. Wie ein zärtlicher Wink mit dem Zaunpfahl. *froh.*

«Until Branches Bend» spielt in den Kinos Xenix, Cameo.

Anziehung

Das letzte Stückchen eines Fünkchens Resthoffnung auf ein bisschen Glück ist zäh.

Aki Kaurismäki versteht es kongenial, dass sich Bild, Musik, Dialoge und Ausdruck seines Ensembles organisch gegenseitig zu einem Handlungsstrang ergänzen, der mehr Kunststück als Realbild ist und gerade darum ein fabelhaftes Abbild einer Sehnsucht zeichnet. In «Fallen Leaves» sind Unglück und Ungerechtigkeit das seit Lebzeiten gleichbleibende Geschwisterpaar, das individuell auszuhalten wäre, kämen am Radio neuerdings nicht nur noch Schreckensmeldungen von Naturkatastrophen und Spezialoperationen. Ansa (Alma Pöysti) verliert ihren öden Job eines abgelaufenen Sandwiches wegen, Holappa (Jussi Vatanen) verliert seinen öden Job eines materialermüdeten Schutzanzuges wegen. Immerhin sind sie so zeitgleich in einer Karaokebar, wo der Herzschmerz zur Pose erstarrt. Die Charmeoffensive



von Holappas Bekanntem und sonst stummem Mittrinker Huotari (Janne Hyytiäinen) gegenüber Ansas Begleiterin und Freundin Liisa (Nappu Koivu) fruchtet überhaupt nicht, weshalb es an dieser Stelle kaum erstaunt, dass aus dem stummen Einverständnis der gegenseitigen Anziehung zwischen Ansa und Holappa Stoff für eine abendfüllende Unterhaltung wird. Beide sind recht-schaffen ungelent im Ausdruck ihrer Gefühle, erkennen aber offenbar auf Anhieb eine der eigenen seelenverwandte Leerstelle im Gefühlsleben der/des jeweils anderen und beschliessen je für sich, diesem vergleichsweise romantischen Potenzial eine Chance einzuräumen. Das Problem ist: Er trinkt, sie will keinen Säufer. Da helfen auch keine gemeinsamen Erlebnisse wie ein Zombiefilm im Kino oder ein ärmliches Abendessen bei ihr. Fast fände der Film hier zu einem bitteren Ende, doch ein unvorhergesehenes Unglück verkehrt die gesamte Sachlage komplett und die Petitessen von Umständen und Wünschen verfügen plötzlich über keinerlei Macht mehr über die Gefühlsregungen. Was bleibt, ist die alleinige, reine, herzliche Anziehung, aller Unwahrscheinlichkeit zum trotz. *froh.*

«Fallen Leaves» spielt in den Kinos LeParis, RiffRaff.

Liebling

Christiana Jatahy stellt die Grenze zwischen Wahn und Wirklichkeit zur Disposition.

Der zermürbte Lehrer Hermann (Daniel Lomatsch) ist elektrisiert von der literarischen Qualität der Aufsätze von Claudio (Otto Kosok), woraufhin er ihn einem gut gemeinten, aber auch übergriffigen Sondersetting der persönlichen Förderung unterzieht, womit er sich ihm aber auch zugleich selbst ausliefert. «Der Junge aus der letzten Reihe» von Juan Mayorga ist klug gebaut und verschmelzt real wirkende mit literarisch überhöhten mit die Grenze zur Fantasterei schrammenden Szenen zu einer bodenlosen Ungewissheit. Die gesellschaftliche Hierarchisierung indes lässt sich nicht eins zu eins an jeden Ort der Welt gleichermassen wirkmächtig übertragen, weil das Gefälle verschieden ist. Claudio soll aus



(Bild: Binta Kopp)

ärmlichen Verhältnissen stammen, die Welt, die er allein beobachtend und später auch aktiv eingreifend in seinen Aufsätzen beschreibt, ist das sozial und wirtschaftlich höher gestellte Private seines weniger auffassungsbegabten Mitschülers Raffa (Silas Lio Glanzmann). Dessen Vater Raffa (Thomas Wodianka) hechelt dem Geld und der Anerkennung hinterher, während die Mutter Esther (Lena Schwarz) ihre Situation in Hausfrauenalkoholismus ertränkt. Hermanns Partnerin Johanna (Tabita Johannes) ist die warnende Ruferin in der Wüste, eine derart unreflektierte Begeisterung eines Lehrer-Schüler-Verhältnisses sei mindestens so problematisch wie die Halböffentlichmachung der Intimsphäre einer fremden Familie durch den Jungliteraten. Das Arenasetting suggeriert, hier würde über Sieg und Niederlage entschieden, wohingegen sich doch die schleichende Verabschiedung jeder klaren Grenzziehung zwischen Wahn und Wirklichkeit abspielt. Die Klassenfrage wird beiderseits stark vereinfacht als die Bereitschaft, aus lauter Überdross über die eigenen Privilegien jede Alarmglocke aktiv zu ignorieren versus eine Gelegenheit mit nahezu krimineller Energie missbräuchlich überzustrapazieren, recht plakativ verkürzt. *froh.*

«Der Junge aus der letzten Reihe», bis 19.10., Schauspielhaus, Zürich.

Freiheit

Entdecker und Zweifler leben gefährlich, was wiederum die Skepsis wecken sollte.

Ein, zwei, vier Galileis, alles Männer, leiden unter der Beschränkung, die ihnen die damalige Heilige Inquisition als Alternative zur eigenen Hinrichtung überhaupt offengelassen hatte: zu widerrufen und fortan zu schweigen. Jahrzehntlang wird anschliessend ein Dasein im auferlegten Lautdenk- und Forschungsverbot gefristet, was die Zweifel über die Lesart der universellen Zusammenhänge auf die Zweifel über die eigene Feigheit umlenkt und als Unglück wirkt. Eine Hexe, ein Tiefseemonster und so etwas wie eine Laterne mahnen zum Schluss, die Skepsis als Erstreflex gegenüber totsicheren, also zumeist fragwürdig einseitigen Aussagen unter allen Umständen zu bewahren und zu pflegen. Hanns Eislers Störgeräusche (Musik: Andrina Bollinger) verstärken die Verlorenheit der Figuren auf der trostlos kargen Bühne, auf der Nicolas Stemann die vor vierhundert Jahren spielende Handlung über den Kampf einer revolutionären Neuerung gegen das reaktionäre Bewahren, die Aneignung und Versilberung von Ideen anderer wie auch der fragwürdige Umgang mit Privilegien des Geldadels in die angekündigte mehr oder minder erzählerische Narration alias Werktreue



(Bild: Philip Frowein)

überführt. Sehr trefflich in ihrer Symbolik wirken die Momente der *Fait accomplis*: Nicht dem Wissbegierigen wird das Lernen ermöglicht, sondern dem, der es bezahlen kann, die trotzig Verweigerung, eine Tatsache überhaupt erst zur Kenntnis zu nehmen derer, die eine Veränderung in der Hand hätten, und das heuchlerisch-opportunistische Lob im Nachhinein statt einer reumütigen Entschuldigung erscheinen als menschliche Verhaltenskomponenten, die ihrer anscheinend physikalischen Grundlage enthoben zu werden, noch heute harren. Die Idee, die Freiheit als Bereitschaft zur Ausweitung des Denkbaren zu verstehen und die neu gewonnenen Erkenntnisse keiner Glaubens- oder Machtfrage unterzuordnen, sondern sie unumstösslich zu belegen suchen, wird hier als Universalgesetz manifest. *froh.*

«Leben des Galilei», bis 1.11., Schauspielhaus, Zürich.

Scrollen

«Mimikry: Exomoon» ist eine geführte Reise entlang eines Wikipedia-Eintrags.

Immersiv heisst das Gebot der Stunde, wobei sich der Laie im Mindesten entweder eine rauschhafte Verwunderung in der Art einer Planetariumsshow oder dann handkehrum eine verblüffende Verführung hin zu wissenschaftlichem Wissen oder gar einem zum Umdenken anregenden Perspektivwechsel darunter vorstellt. «Mimikry: Exomoon» im Neumarkt ist total analog, was Retrocharme versprühen könnte, liessen sich irgendwelche Ansätze einer Wissensmehrung, einer Einladung zu Haltungshinterfragen oder auch zur kleinsten spürbaren Irgendwasverrückung erkennen. Die Welt geht unter, oder nicht, das weiss hier niemand mehr, weil wir als Publikum vor 20 000 Jahren eingefroren worden waren, um jetzt auf einem Mond, der einen Planeten in einem fernen Sonnensystem umrundet, wieder aufgetaut zu werden, wo wir die dort sich seit dreihundert Jahren entwickelt habende menschliche Zivilisation mit unserem Blut, unserer Naivität oder gar unserer Brillanz bereichern sollen. Durchsagen wie im Flughafen, im Freibad oder dem Einkaufszentrum künden irgendwelche Ereignisse an, während wir in Wärme- folie verpackt auf Screens schauen, die Allwis-



(Bild: Philip Frowein)

sen suggerieren, was sich aber eher wie Wikipedia anfühlt, weil der Zweifel über die Wahrhaftigkeit und Vollständigkeit der Information offenbar als allererster Reflex wieder voll funktionsfähig aufgetaut ist. Ein Gang im Dunkeln mit unebenem Boden führt einen zu einem Orakel, das einen auf die Bereitschaft zum weiteren Einlass ins Allerheiligste hin testet und mit einem Give-Away aus dem Automaten und Beschwörungen murmelnd von der einen Warteschlange auf die nächste verweist. Dann erst kommt das wahre partizipative Moment: Wohlfühlen sollen wir uns, Ängste abbauen und unsere Erwartungshaltung auf das möglicherweise noch nie gedachte ergo verblüffend Überraschende bereit und offen skalieren. Dann gehts zur Bar, also der althergebrachten Form einer potenziellen Sinneserweiterung. *froh.*

«Mimikry: Exomoon», bis 19.9., Theater Neumarkt, Zürich.

Blutleer

Ella Roads Zukunfts dystopie «Die Laborantin» ist eher film-dramaturgisch gebaut.

Die vielen an den Filmschnitt erinnernden Szenenwechsel und Zeitsprünge ermöglichen es den Schauspieler:innen nur beschränkt, ihr Können auszuspielen. Auch die Dystopie einer kategorischen Menscheneinteilung aufgrund von weit fortgeschrittenen Gentests spitzt sich nur indirekt zu. Wie die Befehlsgewalt spiegelt sich der effektive Druck auf die Figuren allein in den sich schleichend abzeichnenden Veränderungen in der geäusserten, gelebten und letztlich eingestandenen Haltung/Motivation der Figuren. «Die Laborantin» ist also ein Vexierspiel, das vordergründig ein (Schau-)Spiel zu sein vorgibt, das die Auswirkungen einer Totalkontrolle behandelt, derweil es die sehr grosse Dehnbarkeit eines vorausseilenden Gehorsams meint. Irgendwelche Blutpunkte entscheiden über Gedeih und Verderb. Natürlich ist der Test freiwillig, aber wer nichts zu verbergen hat... Die eingblendeten Filmsequenzen vermitteln eine Zugehörigkeitseuphorie, die vielmehr an eine heutige Reichweitenunterwerfung gemahnen, denn an eine anscheinend anonym okroyierte Manipulation und Kontrolle. GAFA lassen grüssen. Hier ist niemand mehr sich selbst. Alle haben sich



(Bild: Tanja Dorendorf)

dermassen gut in Rollen eines Anscheins verheddert, dass ihre tatsächlichen Interaktionen fragwürdige Züge annehmen. Die titelgebende Figur Bea (Mia Lüscher) scheint darin die grösste Raffiniertheit entwickelt, respektive sich am weitesten von sich selbst entfremdet zu haben. Aaron (Axel Julius Fündeling) und Char (Eva Maropoulos) haben immerhin Motivationen, der selten auftretende David (Michael von Burg) ist mit seinen Blutpunkten fein raus. Die Grenze zwischen sich in die eigene Tasche lügen und allen anderen etwas vormachen verwischt komplett, was eine Erklärung dafür sein könnte, weshalb Rüdiger Burbachs Regie letztlich nur eine blutleere Entrücktheit vermittelt. Es ist schon kein Leben mehr drin, wo es dem Stück gemäss erst allen einzeln entzogen werden soll. *froh.*

«Die Laborantin», 7.9., Theater Kanton Zürich, Winterthur.

Gejammer

In der «Nervensäge» steht und fällt alles mit der Wandelbarkeit von Peter Zraggen.

Mit der Lust an saloppen Zeitgeistscherzen sind dem Autor Domenico Blass etwas die Pferde durchgegangen, aber immerhin kann sich somit Fabienne Hadorn mal wieder von ihrer schrillst-schrägsten Seite zeigen. Die Verve, die Anet Corti in ihre vorlaut-indiskrete Pagin wirft, könnte den leicht missverständlichen Eindruck erwecken, sie wäre die titelgebende Nervensäge. Dabei ist es der lebensüberdrüssige Franz (Peter Zraggen), der sich aus Liebeskummer und Selbstmitleid aus dem Fenster des Hotel Eulach stürzen möchte, in der Hoffnung, so das Herz von Lisa (Rahel Sternberg) zurückzugewinnen. Sein redseliges Gejammer und die übergriffige Inbeschlagnahme seines Zimmernachbarn, der Auftragskiller Remo (Andrea Zogg), raubt diesem den letzten Nerv. Und weil nachgeben seliger ist denn abkanzeln, lässt sich Remo auf allerlei abenteuerliche Aufgaben ein, woraus zuletzt das riesige Tohuwabohu erwächst. Regisseur Peter Niklaus Steiner oder dann die Stückfassung setzen voll auf Peter Zraggen und dessen schauspielerisches Vermögen, in Sekundenbruchteilen zu changieren und so den Volltrottel in einen Mitteldisbolzen zu verwandeln,



(Bild: Raffael Soppelsa)

der eine ganz eigene Art von Charme versprüht. Zraggen erhält als einzige die Chance, seiner Figur Leben und Tiefe zu verleihen, alle anderen bleiben Abziehbilder ihrer Klischeevorstellung. Gut, Andrea Zogg ist die Hälfte des Stücks sediert und Anet Cortis Rolle besteht aus einer einzigen Regung. Aber die Idee, die soeben entdeckte neue Verliebtheit von Zraggens Gattin Sternberg in ein lesbisches Erweckungserlebnis zu verwandeln, funktioniert nicht als Steigerung des Konflikts. Zum Unverständnis des Verlassenwordenseins kam im Original noch die Eifersuchtskomponente hinzu, an deren Stelle sich hier ein aufsässig aufgesetzter Geschlechterkampf stellt, was jetzt nicht exakt dieselbe Art von Spannung erzeugt. Oder anders ausgedrückt: Die Frauen kommen unnötig flach raus. *froh.*

«Die Nervensäge», bis 30.9., Casinotheater, Winterthur.

Terrorist

Wenn Luke Gasser einen «Tell» in Szene setzt, wirds ein expressives Heldenepos.

Die über zwei Stunden Actionheimatfilm in bereits mehrfach erprobter Lowbudget-Manier manövrieren einem «Highlander» zurück in die Erinnerung. Tell (Luke Gasser) ist der einzig Stand- und Wehrhafte, der auf sein Recht als frei Geborener pocht und es wider alle Wahrscheinlichkeit zu verteidigen bereit ist. Die Obrigkeit der Talschaften Uri, Schwyz und Unterwalden wie auch die dortigen frei Geborenen zeichnet «Tell» als intriganten, korrupten, feigen Haufen. Aber auch auf die Bauern, Knechte und Leibeigenen ist kein Verlass: Die Angst vor den Habsburger Herren hat allen den Stolz gebrochen. Niemand von ihnen vermag im Verrat einen Bruch mit hochheiligen Schwüren oder brüderlichen Freundschaften erkennen.



Im Zweifel ist sich jeder selbst der nächste und Tell gibt ein formidables Feindbild ab. Seine auswärtige Frau wird ihm als Hochmut ausgelegt und sein mangelnder Respekt gegenüber Hierarchien und Titeln hat eine Schar von persönlich Beleidigten hinterlassen, die ihm erst die Sömmerung seines Viehs auf der Alp verwehrte und jetzt, da er sich frontal gegen die sogenannte Vernunft stellt, wird er einhellig als Gefahr für die Gemeinschaft verschrien und geschnitten.

In der Version von Luke Gasser kämpft Tell also nicht bloss gegen «Gessler, Gissler oder wie der heisst», sondern auch gegen die Mehrheitsmeinung der Tonangebenden in den Talschaften, also die eigenen Leute. In einer heutigen Lesart zeichnet Gasser Tell als einen Terroristen. Einen, dessen Sinn weder nach winkelriedscher Selbstaufopferung für ein höheres Ziel noch nach der eine Gruppe hinter sich scharenden Anführerschaft steht, sondern einzig und allein die Bewahrung der eigenen, vergleichsweise privilegierten Freiheiten und die Unversehrtheit seiner Liebsten. Die Bildsprache setzt auf unmittelbare Nähe, die Schroffheit der Natur, den expressiven Ausdruck und vermittelt so die urig-wilde Unbedingtheit, die einem Befreiungsmythos gebührt. *froh.*

«Tell» spielt in den Kinos Abaton, Arena.

Obacht: K-Wort!

Als Freundin der englischen Sprache staune ich immer wieder über das Klassenbewusstsein der britischen Gesellschaft. Menschen aus der Arbeiterklasse sprechen deutlich hörbar anders als jene aus der Oberschicht, und wer sich auskennt, kann anhand der Aussprache oder des Vokabulars auch in der Mittelschicht noch eine obere, mittlere oder untere ausmachen. In der Schweiz scheint – auf den ersten Blick – die Abstammung nicht so schicksalhaft prägend: Wir rühmen uns, eine durchlässige Gesellschaft zu sein, in der alle «mit redlichem Bemühen» etwas aus sich machen können.

Natürlich gibt es auch hier Enklaven hartnäckig überdauernden Geburtsadels, wie etwa den Basler «Daig» oder die Berner «Burger», ferner der Sprachgrenze entlang säuberlich auseinanderdividierte Gesellschaften wie etwa in Fribourg/Freiburg, oder aber jenen Kanton, wo wir Ausserirdisch-, Pardon: Auserschweizer als Tourist:innen durchaus willkommen sind. Über Klassen spricht aber niemand. Das klingt nach Kommunismus, Neid und Politik. Viel eher soll den Tüchtigen das Glück lachen – diese bringen es zwar selten vom Tellerwäscher zum Millionär oder von der Kosmetikerin zur Influencerin, aber einige Vorzeigee Exemplare kamen auch schon zu Reichtum oder 15 Minuten Ruhm.

Während es wohl wahr ist, dass ohne Fleiss kein Preis winkt, ist umgekehrt kein Automatismus gegeben: Nicht einmal ein Universitätsabschluss garantiert hierzulande finanzielle Prosperität. Man gehört dann zwar zur Bildungs-Oberschicht, aber ökonomisch droht gleichwohl das akademische Prekariat. Noch eher kann ein «Büezer» es mit einem KMU zu etwas bringen und auch deutlich mehr verdienen als etwa eine Primarlehrerin. Anders als in England wird bei uns niemand als Emporkömmling entlarvt, der die Klassen-codes nicht im Effeff beherrscht. Im Gegenteil. Die Schweiz fällt gerne auf den umgekehrten Bluff herein – wenn ein Oberschichtler wie etwa Blocher so hemdsärmelig tut, als hätte er in seiner Jugend noch Pferdeäpfel von der Strasse aufgelesen, um sein Taschengeld zu verdienen. Vielleicht spricht die Verachtung von «intellektuellen Eliten» aus Volkes Seele, vielleicht auch der Mythos, «wir» seien alle einmal arm gewesen und hätten uns aus eigener Kraft hochgearbeitet, wenn die Schweiz sich mit den «einfachen Leuten» verbrüdet: Wenn Sekundarschülerinnen Balkan-«Bro»-Prolsprech intonieren; wenn unser erfolgreichster Popkünstler «Gölä» auf Unterhünd macht; wenn die eidgenössischen Räte im Bauernstand die Bedürftigsten erkennen und sie mit Subventionen zuschütten...

Mit dieser Selbstlüge täuscht die gutbürgerliche Schweiz sich darüber hinweg, dass sie ihren Wohlstand eher selten dem Schweisse ihres Angesichts, sondern viel häufiger dem Nachlass ihrer Wirtschaftswunder-Altvdorden zu verdanken hat – und dass dieses «Wunder» auf dem Buckel entrechteter Ausländer, so genannter Saisoniers, und ihrer späteren Frauen, fleissiger «Töchter» unter katholischer Obhut, zustande kam. Solch recht-schaffene Selbstgerechtigkeit macht die stimmberechtigte Schweiz offenbar taub und blind: gegenüber jener zugewanderten Unterschicht, der damals wie heute der Lohn nicht zum Leben reicht, die um staatsbürgerliche Rechte und soziale Absicherung betrogen und nicht selten menschlicher Würde beraubt wird, während sie unsere Häuser baut, unsere Böden schrubbt, unsere Alten pflegt...



Ina Müller

Reklame



**BEZAHLBARER
WOHNRAUM**

**STABILE
FINANZEN**

**EFFEKTIVER
KLIMASCHUTZ**



**DANIEL
LEUPI**

**DEMNÄCHST IM STÄNDERAT
MIT IHRER UNTERSTÜTZUNG**

WWW.DANIELLEUPI.CH

«Daniel Leupi zeichnet sich ganz besonders durch sein herzlich-engagiertes Engagement für wieder mehr Natur und Biodiversität in unserem Kanton aus.»

GERHARD FISCHER
Biobauer, alt Kantonsratspräsident EVP

«Als Zürcher Finanzdirektor mit Grünem Herz ist Daniel Leupi die ideale Vertretung des Kantons Zürich im Ständerat.»

MARIONNA SCHLATTER
Nationalrätin GRÜNE

ZUSAMMEN MIT DANIEL JOSITSCH (SP)